

Er scheint wöchentlich 2 Mal in Leipzig.
Bestellungen nehmen alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- und Auslandes an.
Für Leipzig nehmen Bestellungen an:
die Expedition, Hofstraße 4.
die Genossenschaftsdruckerei, Zeilstraße 44.
A. Debel, Peterstraße 18.
J. Müller, Bayerstraße 8b, III.

Der Volksstaat

Abonnementpreis:
für Preußen incl. Stempelsteuer 17 Sgr., für die übrigen Deutschen Staaten 12 1/2 Sgr.
pro Quartal,
pro Monat 4 1/2 Sgr.
für Leipzig und Umgebung pro Quartal 13 Sgr.
Filialexpeditionen für die Vereinigten Staaten:
R. A. Serge,
Box 101 Hoboken, N. J.
via New York.
G. A. Schneider,
155 W. Lake Chicago (Ill.)

Organ der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der internationalen Gewerkschaften.

Nr. 29.

Mittwoch, 9. April.

1873.

Programm der sozialdemokratischen Arbeiterpartei.

1. Die sozialdemokratische Arbeiterpartei erstrebt die Errichtung des freien Volksstaats.
2. Jedes Mitglied der sozialdemokratischen Arbeiterpartei verpflichtet sich, mit ganzer Kraft einzutreten für folgende Grundsätze:
 - 1) Die heutigen politischen und sozialen Zustände sind im höchsten Grade ungerecht und daher mit der größten Energie zu bekämpfen.
 - 2) Der Kampf für die Befreiung der arbeitenden Klassen ist nicht ein Kampf für Klassenprivilegien und Vorrechte, sondern für gleiche Rechte und gleiche Pflichten und für die Abschaffung aller Klassenherrschaft.
 - 3) Die ökonomische Abhängigkeit des Arbeiters von dem Kapitalisten bildet die Grundlage der Knechtschaft in jeder Form, und es erstrebt deshalb die sozialdemokratische Partei unter Abschaffung der jetzigen Produktionsweise (Vohnsystem) durch genossenschaftliche Arbeit den vollen Arbeitsertrag für jeden Arbeiter.
 - 4) Die politische Freiheit ist die unentbehrliche Vorbedingung zur ökonomischen Befreiung der arbeitenden Klassen. Die soziale Frage ist mithin untrennbar von der politischen, ihre Lösung durch diese bedingt und nur möglich im demokratischen Staat.
 - 5) In Erwägung, daß die politische und ökonomische Befreiung der Arbeiterklasse nur möglich ist, wenn diese gemeinsam und einheitlich den Kampf führt, gibt sich die sozialdemokratische Arbeiterpartei eine einheitliche Organisation, welche es aber auch jedem Einzelnen ermöglicht, seinen Einfluß für das Wohl der Gesamtheit geltend zu machen.
 - 6) In Erwägung, daß die Befreiung der Arbeit weder eine lokale noch nationale, sondern eine soziale Aufgabe ist, welche alle Länder, in denen es moderne Gesellschaft gibt, umfaßt, betrachtet sich die sozialdemokratische Arbeiterpartei, soweit es die Vereinigtheitsgesetze gestatten, als Zweig der Internationalen Arbeiterassoziation, sich deren Bestrebungen anschließend.
3. Als die nächsten Forderungen in der Agitation der sozialdemokratischen Arbeiterpartei sind geltend zu machen:
 - 1) Ertheilung des allgemeinen gleichen direkten und geheimen Wahlrechts an alle Männer vom 20. Lebensjahre an, zur Wahl für das Parlament, die Landtage der Einzelstaaten, die Provinzial- und Gemeindevereinigungen, wie alle übrigen Vertretungskörper. Den gewählten Vertretern sind genügende Diäten zu gewähren.
 - 2) Einführung der direkten Gesetzgebung (d. h. Vorschlags- und Verwerfungsbrecht) durch das Volk.
 - 3) Aufhebung aller Vorrechte des Standes, des Besitzes, der Geburt und der Konfession.
 - 4) Errichtung der Volkswehr an Stelle der stehenden Heere.
 - 5) Trennung der Kirche vom Staat, und Trennung der Schule von der Kirche.
 - 6) Obligatorischer Unterricht in Volksschulen und unentgeltlicher Unterricht in allen öffentlichen Bildungsanstalten.
 - 7) Unabhängigkeit der Gerichte, Einführung der Geschworenen- und Fachgewerbegerichte, Einführung des öffentlichen und mündlichen Gerichtsverfahrens und unentgeltliche Rechtspflege.
 - 8) Abschaffung aller Press-, Vereins- und Koalitionsgesetze; Einführung des Normalarbeitstages; Einschränkung der Frauen- und Verbot der Kinderarbeit. Beseitigung der durch die Zucht- und Arbeitshäuser den freien Arbeitern geschaffenen Konkurrenz.
 - 9) Abschaffung aller indirekten Steuern und Einführung einer einzigen direkten progressiven Einkommensteuer und Erbschaftsteuer.
 - 10) Staatliche Förderung des Genossenschaftswesens und Staatskredit für freie Produktivgenossenschaften unter demokratischen Garantien.

Die Lehren der Arbeitseinstellung in Südwales.

Im Laufe der vorigen Woche gelangte, wie bereits mitgeteilt wurde, die Arbeitseinstellung in Südwales durch einen „Kompromiß“ zum vorläufigen Abschluß. Dieser Konflikt zwischen Arbeit und Kapital ist nicht bloß in Bezug auf die Zahl der Beteiligten — die Geschichte der Arbeiterbewegung kennt keinen organisierten Streik von ähnlicher Ausdehnung —, sondern auch in Bezug auf die Art der Kampfführung von beiden Seiten so interessant und lehrreich, daß eine kurze Zusammenfassung der Hauptmomente des Verlaufs wohl am Platze erscheint.

Im September des vorigen Jahres forderten die Kohlengräber von Südwales eine Lohnerhöhung von 10 Prozent, welche sie damit begründeten, daß der verlangte Lohn dem in England seit längerer Zeit gezahlten gleich sei, und daß die Grubenbesitzer von Südwales, die für ihre Kohlen denselben Preis empfangen wie die Englischen Grubenbesitzer, auch denselben Lohn bezahlen könnten wie diese. Die Grubenbesitzer gaben eine schroff ablehnende Antwort und drohten einen allgemeinen Lockout an, wenn die Arbeiter nicht von ihrer Forderung abständen. Die Arbeiter wollten die Dinge nicht zum Äußersten treiben, und zogen ihre Forderung zurück. Mittlerweile trat in den künstlich emporgetriebenen Kohlenpreisen ein kleiner Fall ein, und die Grubenbesitzer ergriffen nun ihrerseits die Offensive, indem sie eine Lohnverminderung von 10 Prozent für Beginn des Jahres 1873 ankündigten, mit dem Bedenken, daß, sollten die „Hände“ sich sträuben, sämtliche Werke geschlossen würden. Die Arbeiter wiesen die Lohnreduktion zurück, und am 1. Januar dieses Jahres wurden, der Drohung gemäß, sämtliche Werke in Südwales geschlossen und eine Viertelmillion Menschen brodlös gemacht. Auf einer Konferenz von Arbeitern und Arbeitgebern zu Cardiff erklärten erstere sich für ein Schiedsgericht; dasselbe wurde jedoch von den Arbeitgebern verworfen,

die — um die angebliche Nothwendigkeit der Lohnherabsetzung zu beweisen — sich bloß dazu verstehen wollten, den Arbeitern ihre Geschäftsbücher vorzulegen, — ein Vorschlag, den die Hrn. Arbeitgeber jedoch schleunig zurücknahmen, als die Arbeiter antworteten, sie nähmen ihn an, unter der Bedingung, daß die Bücher von Sachverständigen geprüft würden, denen man nicht ein X für ein U vormachen könne. Die Verhandlungen zerschlugen sich. Mehrere Versuche, eine schiedsrichterliche Lösung herbeizuführen, scheiterten an der Hartnäckigkeit der Arbeitgeber, welche die Arbeiter durch Hunger zu kändigen hofften. Die menschenfreundliche Hoffnung erfüllte sich indes nicht; die trefflich organisierten Kohlenarbeiter hielten mit unerschütterlichem Muth aus, und auch die Masse der Eisnarbeiter, denen es an einer festen Trades Union fehlte, blieb treu bei der Fahne. Gegen Ende Februar schloß einer der größeren Grubenbesitzer, Hr. Brodyen, einen Vergleich mit seinen Arbeitern, dessen Einzelheiten seiner Zeit im „Volksstaat“ (Nr. 18) mitgeteilt wurden. Die übrigen Grubenbesitzer verharteten jedoch bei ihrer Forderung, daß die Arbeiter sich unbedingt unterwerfen müßten. Die Arbeiter unterwarfen sich jedoch nicht; einige Wenige krochen zu Kreuze, — die große Masse blieb fest. Woche um Woche verging. Die Arbeiter wurden nicht mehr. Trotz der reichlich fließenden Unterstützung hatte die Mehrzahl, die keine regelmäßigen Zuschüsse aus einer Gewerkschaft empfing, schwere Entbehrungen zu erdulden. Nichts vermochte die Standhaftigkeit zu brechen. Die Arbeiter hungerten, aber „ergaben sich nicht.“ Inzwischen gingen die Kohlenvorräthe der Grubenbesitzer auf die Reize, die Arbeiter fingen an, in die benachbarten Englischen Ortschaften auszuwandern — es war Zeit für die Hrn. Arbeitgeber, daß die Werke wieder in Betrieb kamen — sonst waren schwere Verluste zu erwarten, die Vortheile, welche die Arbeitseinstellung bisher in der Gestalt enorm gesteigerter Kohlenpreise gebracht hatte, gingen verloren, und dem ganzen „Geschäft“ drohte der Untergang. Es galt also, mildere Saiten aufzuziehen. Mitte März wurden die 4 Wochen vorher für unannehmbar erklärten Bedingungen des Brodyen'schen Compromisses den Arbeitern von den Grubenbesitzern angeboten, und, nach Berathung mit den Vertretern des Gewerksvereins der Kohlengräber, kam sehr bald ein Vergleich zu Stande. Und zwar gaben die Grubenbesitzer thätig mit in dem Punkte nach, der die Arbeitseinstellung veranlaßt hatte. Ein paar (5) Tage lang wird allerdings der um 10 Prozent reduzierte Lohn gezahlt, diese paar Tage reichen aber gerade knapp aus, die Werke wieder in Stand zu setzen, so daß, wenn die eigentliche Arbeit wieder beginnt, der alte, nicht reduzierte Lohn gezahlt wird, zu welchem die Arbeiter stets bereit waren, zu arbeiten, den fortzunutzen aber die Herren Grubenbesitzer über 2 1/2 Monate lang für eine ökonomische Unmöglichkeit erklärt hatten. Die Arbeiter sind unter solchen Umständen berechtigt, den Sieg sich zuzuschreiben. —

Dies in kurzen Zügen die Geschichte der denkwürdigen Arbeitseinstellung von Südwales. Nun zu den Lehren:

Erste Lehre: Das Kapital verfolgt ausschließlich und rücksichtslos seine eigenen Interessen; und wenn es glaubt, etwas „verdienen“ zu können, so stößt es die Arbeiter erbarmungslos ins Elend. Die welschen Grubenbesitzer hatten kolossale Kohlenvorräthe: es war ihr Interesse, daß dieselben entweder nicht vermehrt würden oder mit einer Reduktion des Arbeitslohns, welche den bei fortgesetzter Vermehrung der Kohlenvorräthe zu erwartenden Fall im Preise der Kohlen zum Mindesten decken würde — sie stellten den Arbeitern die Alternative: Entweder reduzierter Lohn oder Ansperrung! und machten, da die Arbeiter sich nicht fügten, im Handumdrehen eine Viertelmillion Menschen brodlös.

Zweite Lehre: Es gibt keinen göttlichen Vergleich zwischen Kapital und Arbeit. Sind auch die Arbeiter, als der unterdrückte Theil, für eine gerechte schiedsrichterliche Schlichtung ausgedrohter Konflikte, so sind die Kapitalisten, als unterdrückter, im Besitz der Macht befindlicher Theil, gegen eine gerechte schiedsrichterliche Schlichtung, denn dieselbe würde in allen ersten Konflikten zu Ungunsten der Unterdrückten und Nachtheilhaft ausfallen müssen. Ein Schiedsgericht hat nur dann Sinn und Werth, wenn es absolute Garantien der Gerechtigkeit bietet: für Gerechtigkeit ist aber naturgemäß der Arbeiter, der Alles von ihr zu erhoffen hat; und ebenso naturgemäß ist gegen Gerechtigkeit der Kapitalist, der Alles durch sie zu verlieren hat, das heißt Alles, was ihn zum Kapitalisten macht. An diesem „harten Faktum“ werden und müssen die gewerblichen Schiedsgerichte und Einigungsämter in allen bedeutenden prinzipiellen Konflikten zwischen Kapital und Arbeit scheitern: nicht an den Arbeitern, sondern an den Arbeitgebern. Die Erfahrungen von Südwales sind in dieser Beziehung konklusiv: Der Versuch schiedsrichterlicher Schlichtung wurde von Hrn. Mandella, dem Abgott unserer Deutschen Harmoniesimpel, dem obersten Apostel der Schiedsgerichte und Einigungsämter in Person gemacht, und wiederholt gemacht, und ist schimpflich gescheitert an den Grubenbesitzern. Hr. Max Dirsch wird daraus ersehen, daß nicht die Sozialdemokraten es sind, die seine Einigungs-träume verderben.

Dritte Lehre: Die welschen Arbeiter hätten sich bedinglos dem Wuchspruch der Grubenbesitzer unterwerfen müssen, wenn sie nicht in der Gewerkschaft der Kohlengräber einen mächtigen Rückhalt gehabt hätten. Es ist wahr, wie die Hrn. Kapitalisten vorrechnen, die Arbeiter haben während des Streikes und Lockouts 750,000 Pfd. St. Lohn eingebüßt, damit ist aber der Sieg, den sie erfochten haben, nicht zu theuer

erkauft. Darum: Organisation! Ohne Organisation kein Sieg.

Vierte Lehre: Die Arbeiter von Südwales sind jetzt genau in der nämlichen Stellung wie vor Anfang des Streikes. Eine Zeitlang werden die Grubenbesitzer, nachdem sie soeben die Stärke der Organisation ihrer „Hände“ kennen gelernt haben, von weiteren Angriffen absehen. Doch nicht auf lange Zeit. Bekanntlich haben sie, Dank den gesteigerten Kohlenpreisen, wenig oder nichts verloren; und sobald eine Arbeitseinstellung wieder in ihrem Interesse ist, werden sie ihre „Hände“ von Neuem aufs Pflaster werfen. Und dann beginnt der Kampf von vorn, um wieder auf die eine oder andere Weise durch einen faulen Frieden beendet zu werden, der zu neuem Krieg führt! Soll das ewig so fortbauern? Die heutige Gesellschaft ist der Klassenkampf in Permanenz. Wollen wir den gesellschaftlichen Frieden, die wirkliche „Harmonie der Interessen“, so müssen die Grundlagen der heutigen Gesellschaftsordnung, so muß mit den Klassen selbst die Klassenherrschaft beseitigt werden. Hierzu genügen die Gewerkschaften nicht, hierzu bedarf es der politischen Organisation. Die gewerbliche Organisation für den Klassenkampf! Die politische Organisation für die Beseitigung der Klassenherrschaft!

Politische Uebersicht.

Ueber das Triumvirat Stieber, Bismarck, Wagener schreibt Hr. Kobolski in dem Berliner „Börsen-Courier“ wie folgt: „Der böse Geist des Fürsten Bismarck ist der geheime Regierungsrath Stieber. Der Fürst hat noch andere Geister, an die er glaubt; Wagener ist ihm als Arbeitskraft unentbehrlich, als „der einzige Mensch, der ihn versteht“, um mit Hegel zu sprechen, aber ohne den bekannten Zusatz! Der Fürst glaubt an Agibi. Aber sein bösester Geist ist Herr Stieber. Der weiß ihn aber auch — um uns recht populär auszudrücken — zu nehmen. Man muß aber auch den Glauben Bismarcks an die Macht der Polizei kennen, um seinen Glauben an Stieber zu begreifen. Große Männer sind abergläubisch. Napoleon, der Alte, glaubte an seinen Stern. Fürst Bismarck glaubt an Stieber. Diesem „guten Geistes“ verdankt er (oder glaubt er zu verdanken), daß er noch lebt, daß der ehemalige Norddeutsche Bund nicht in Trümmern zerfallen ist, daß das deutsche Reich es ebenfalls noch nicht ist, und daß König Georg noch nicht den Thron seiner Väter wieder erlangt hat. Diesem „guten Geistes“ hat er den Schutz Deutschlands gegen die Welfen und die Ultramontanen anvertraut. Herr Stieber ist fortwährend Verschwörer und Attentäter auf der Spur, und er weiß seinem mächtigen Gebieter gar granzige Dinge aus dem Reich und aus Europa zu melden. „Im Bade H. lebt ein armer Kranker, der einen Bittbrief an Erzerz Georg auf die Post gegeben.“ Ha, die Fäden der Verschwörung reichen schon bis in die Bäder. Wiesbaden, Homburg &c. müssen scharf ins Auge gefaßt werden — natürlich nur während der Sommermonate. Da lebt es sich in Berlin schlecht. In einer Villa am Bodensee sind fremde Herren und Damen, die in der Nachbarschaft Niemand kennt, und die man von entgegengesetzter Richtung hat anlangen sehen, bemerkt worden, die Fenster sind länger als gewöhnlich erleuchtet geblieben. So viel ist sicher, der eine Herr sprach Französisch, und eine Dame das „I“ fast ganz Hannoversch. . . . kein Zweifel, hier ist konspirirt worden. Es wachsen die Polizei-Alten über die geheimen Beobachtungen, und Fürst Bismarck hat seine Freude daran. Er kann ruhig schlafen, denn für ihn wacht Stieber. Da taucht in Berlin ein Literat auf, hat einen Deutschen Namen und schreibt Französisch, ist ein Ultramontaner. . . . Stieber, paß auf! Also Hausdurchsuchung und Beschlagnahme der Papiere. — Stieber hat, so lange er dem Fürsten dient, das Unglück, niemals etwas zu finden, auch bei dem Rozmian und dem Westermelle nicht. . . . aber er versteht aus dem Nichts etwas zu machen, auch aus dem nichtsjagenden Briefe des Herrn Windthorst an Rozmian, und aus dem bei dem gefährlichen Menschen Kuhn vorgefundnen Bericht über katholische Krankenspiege.“

Dieser pikante und interessante Artikel wird doppelt pikant und interessant durch die Persönlichkeit des Schreibers. Der Hr. Kobolski, der ihn verfertigt, ist nämlich identisch mit jenem Regierungs-Präsidenten Kobolski, der uns in jüngster Zeit durch seine Rinnsteinbalgerei mit dem Bismarck'schen Ober-Präsidenten Agibi unter die Augen gebracht wurde. Er steht im Solde des Reptilienfonds-Bureaus, und zwar gehört er der von dem Minister Eulenburg geleiteten Abtheilung an, während Agibi die Bismarck'schen „Sanhirten“ als Generalsanhirt oder „Sanhirten“-General befehligt. Der vergiftete Pfeil ist also nicht von einem simplen Privatindividuum, nicht von einer beliebigen Catilinarenischen Existenz auf den „genialen Staatsmann“ abgeschossen worden, sondern von dem Bedienten und Werkzeug eines Collegen des besagten „genialen Staatsmannes“, woraus zu ersehen, daß es im Preussischen Ministerium Leute gibt, die vor dem Fürsten Bismarck ungefähr ebensoviel Respekt haben, wie die Leute im Redaktionsbureau des „Volksstaat“. Beiläufig nehmen wir von dem Kobolski'schen Artikel noch insofern Akt, als er die wiederholten Angaben des „Volksstaat“ über das Verhältniß Bismarck's zu seinen Compagnons: Ehren-Stieber und Ehren-Wagener in authentischer Weise bestätigt. —

Auf den Früchten sollt ihr sie erkennen. Was für Volk mit dem „Reptilienfond“ gemästet wird, ersieht man aus folgendem Geistesprodukt, das einer der Bismarck'schen „Sanhirten“ in die

dem Reptilienfonds gehörige „Frankfurter Presse“ Nr. vom 27. März d. J.) abgelagert hat:

„Die letzte Nummer des von Bebel und Liebknecht herausgegebenen „Volkstaat“ bringt eine Correspondenz aus Frankfurt a. M., nach welcher Seitens der Herren Sonnemann und Consorten an die Mitglieder der sozialdemokratisch-internationalen Arbeiterpartei eine Einladung zur Teilnahme an der März-Feier (30. d. M.) und speziell zum Eintritt in das zu diesem Zweck gebildete Comité ergangen sein soll. Die Internationalen hätten jedoch die Einladung abgelehnt, weil sie ihre eigene Märzfeier für sich begehren wollten. Herr Sonnemann, der Millionär von der Börse Gnaden, unter den Anhängern der rothen Internationale — ein hübsches Bild! Sollten wirklich Freiligrath und Herwegh von der Partie sein, wie es heißt, so wäre man versucht, Ovid's Worte auf sie anzuwenden: „Es thut mir lang schon weh, daß ich dich in der Gesellschaft seh.“ Jedenfalls würde es einige der Festtheilnehmer doch ein wenig frapport haben, sich in den Comité-sitzungen plötzlich neben den Mitgliedern der vaterlandslosen Internationale gefunden zu haben, die den 18. März als den Tag der Pariser Commune feierten. Einige hätten doch wohl vielleicht Kopfschmerzen bekommen, wenn sich ab und zu ein penetranter Geruch von Petroleum verbreitet hätte, den, obwohl die Nützlichkeit dieses Brennmaterials anerkannt ist, doch nicht ein Jeder recht vertragen kann. Einige würde doch wohl vielleicht ein gelinder Schauer überlaufen haben, wenn ihnen die eingeladenen Parteiführer zwischen den Toasten auf die Freiheit und Brüderlichkeit erzählt hätten, wie sie diese Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit verstehen. Soll doch einer der „Eingeladenen“ noch kürzlich in einer Versammlung öffentlich gesagt haben: „Ihr Schuhmacher, Ihr seid doch noch viel zu dumm und zaghaft. Wenn Ihr eure Nacht lenket und nur gebrauchen wolltet, dann müßte morgen der Rothschild barfuß über die Straße laufen.“ Also guten Appetit zum großen Banquet; wenn nur das Petroleum nicht vor-schmeckt.“

Der Bismarck'sche „Saubirt“ sollte bedenken, daß das Petroleum von seinen Brodgebern während des „heiligen Kriegs“ unter die Kampfmittel aufgenommen und zur Einschüerung französischer Städte und Dörfer benutzt wurde, und daß es gegenwärtig von den Freunden und Schülern seiner Brodherren, den Carlis'schen Nordbrennern, zur Einschüerung spanischer Städte und Dörfer „gottesfürchtig und dreiste“ benutzt wird. Uebrigens ist der Geruch des Petroleums lange nicht so „penetrant“, als der mephitische Dunst, der aus den Kabinetten der Hrn. Wagener und anderer, unserem „Saubirt“ sehr werthen Persönlichkeiten aufsteigt.

In derselben auffallenden Weise, in der in Berlin der Hungertyphus Fortschritte macht (10 Prozent dieser Kranken sind bis jetzt gestorben), grassirt auf der andern Seite die Wagenerkrankheit. „Eine sehr reiche Fundgrube von Schwindel“ — schreibt man der „Rhein. Zig.“ — „hat die Untersuchungs-Commission in voriger Woche mit bedeutendem Erfolge angebohrt, indem sie sich die Geschichte der Berlin-Dresdner Eisenbahngesellschaft näher beleuchtete. Erster Director dieser Bahn ist der bekannte reiselige conservative Abgeordnete für Ober- und Niederbarnim, Geh. Ober-Regierungsrath a. D. Heise, ein Streber der Landrathskammern, der schnell vom Staatsanwalt zum Geh. Ober-Regierungsrath und vortragenden Rath im Handelsministerium (Eisenbahndepartement) avancirte. Seiner Freundschaft mit Stroussberg verdankte er es, am 1. Jan. 1869 erster Director der Rechten-Ober-Elber-Bahn zu werden und ein Abstandsgehalt für Verzicht auf die künftige Staatspension von 40,000 Thlrn. einzunehmen. Jetzt hat ihm die Berlin-Dresdner jense Bahn abgelaufen; das Verdienst dieses Handels gebührt dem eigentlichen Gründer der Berlin-Dresdner, dem conservativen Reichstags- und Landtags-Abgeordneten für Keltow-Beslow-Storlow, Landrath Nicolaus Prinz Handjery. Es sind so böse Dinge gegen ihn festgestellt, daß er vom Landrathsposten wegzudisziplinirt werden wird, wenn er es nicht vorzieht, „freiwillig“ zu gehen.“ — Und damit der Herr „Landrath“ in passender Gesellschaft sei, meldet sich gleich der Abgeordnete und Staatsminister a. D. v. Bonin, Aufsichtsraths-Vorsitzender des berühmten Bauvereins „Unter den Eichen“, der einem Hochstapler ein Haus von 1,200,000 Thlr. abgelaufen hatte, für das dieser kurz zuvor 700,000 gezahlt hatte.

Die Zeitungen verunndern sich über die neulich in Köln vorgekommene Thatfache, daß Jemand, „um sich ein Unterkommen zu verschaffen“, eine „Kaiserbeleidigung“ ausgeführt hat. Wir können dagegen versichern, daß in allen Gefängnissen sehr häufig Fälle vorkommen, daß Gefangene mit Widerstreben ihre Freilassung annehmen und die Drohung aussprechen: „Wenn ich nicht hierbleiben kann, dann muß ich gleich, sowie ich herauskomme, damit ich wieder eingesperrt werde.“ Namentlich sprechen sie diese Drohung aus, wenn ihnen die Verweisung ins Armenhaus oder in eine Correctionsanstalt bevorsteht. In der Verbrecherwelt gilt es nämlich als ausgemacht, daß das Leben in den gedachten Humanitäts- und Versorgungsanstalten miserabler ist als im Zuchthaus. Es fehlen uns indeß bezüglich Deutschlands die nöthigen authentischen Berichte darüber. Daß das Londoner „Workhouse“ (Armen-Arbeitshaus) schlimmer als ein Zuchthaus ist, darf als bekannt vorausgesetzt werden.

Zur Sächsischen Justizpflege. Dem Herrn Voland, der in dem bekannten neulichen Scandalprozeß wegen grober Verthätigkeiten und Schwindeleien vom Schwurgericht in Dresden zu mehrjähriger Zuchthausstrafe verurtheilt ward, ist vom Sächsischen Appellationsgericht die Zuchthausstrafe in einfache Gefängnißstrafe umgewandelt worden, was eine bedeutende Strafermäßigung. Herr Voland ist ein naher Verwandter des bei Hof sehr in Gunst stehenden katholischen Bischofs Bornert. Es fällt uns natürlich nicht ein, zu behaupten, diesem Umstand verdanke Hr. Voland seine sehr milde Behandlung Seitens des obersten Landesgerichtshofs, aber so viel steht fest, wenn man die einem gemeinen Verbrecher — gemein in jeder Bedeutung des Wortes — wie dem Hrn. Voland zu Theil gewordene sehr milde Behandlung des obersten Gerichtshofs mit der gegen uns Sozialdemokraten geübten richterlichen Praxis vergleicht, so führt der Vergleich zu keinen günstigen Schlüssen für die Sächsische Justiz. Derselbe Gerichtshof, — daran sei hier erinnert — der dem Schwindler und Betrüger Voland die Zuchthausstrafe in Gefängnißstrafe verwechselte, weigerte sich vorigen Sommer, die Bebel vom Schöffengericht wegen angeblicher Majestätsbeleidigung zugesprochenen 9 Monate Gefängniß in Festungshaft umzuwandeln. Hätte Bebel einen bei Hof in Gunst stehenden Verwandten, gleich Hrn. Voland, so würde das selbstverständlich auf den Entscheid des Appellationsgerichts keinen Einfluß gehabt haben. Unsere Richter sind ja unabhängig.

Richard Härtel, Präsident des deutschen Buchdruckerverbandes, ist auch in zweiter Instanz wegen angeblichen Verstoßes gegen

§ 153 der Gewerbeordnung zu 6 Wochen Gefängniß verurtheilt worden und hat seine Haft angetreten. —

Parteigenosse Memminger, Redacteur des „Fürther demokratischen Wochenblattes“, hat sich in die Schweiz geflüchtet, und zwar nicht wegen seiner kürzlich erfolgten Verurtheilung zu 3 Monaten Gefängniß, sondern weil wegen mehrfacher Beleidigung des Reichsoberhauptes in der Broschüre: „Die Freimaurer“ die Kriminaluntersuchung gegen ihn eingeleitet wurde und ihm mehrjährige Festungshaft in Aussicht stand. —

Der Reichstag hat die Bebel'sche Wahl für gültig erklärt. Hiermit hört wohl endlich das gegnerische Geklingel über die „Ungültigkeit“ der Bebel'schen Wahl auf.

Herrn Biedermann ist — während er im Reichstag sitzt — durch seinen Redaktions-Stellvertreter daheim ein kleines Malheur passiert. In Nr. 20 des „Volkstaat“ war gesagt, daß uns ein Artikel aus der Biedermann'schen „Deutschen Allgem. Zig.“ vom Jahre 1866 bekannt ist, in dem die preussische Regierung in ungenügender Weise zur Bestechung (anstandsähnlich wird zwar nur von „Unterstützung“ gesprochen) der sächsischen Blätter ermutigt wurde, damit sie für die Annexion schrieben. Wir werden den fraglichen Artikel bei passender Gelegenheit veröffentlichen.“ Daraufhin erklärte ein etwas vorlautes Mitglied der Biedermann'schen Redaktion — nachdem es das Vorstehende abgedruckt —: „Wir erwarten, daß der „Volkstaat“ diese Veröffentlichung recht bald bringe.“ Nun, diesem Wunsche können wir gerecht werden! Schläge man gefälligst nach Jahrgang 1866, Nr. 197 der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ und man wird Folgendes finden: „Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ bringt, und zwar an bevorzugter Stelle, anlässlich der Entlassung des Herrn v. Beust einen längeren Artikel „aus Sachsen“, dem wir — schon weil er in dem Organ der preussischen Regierung enthalten ist und also mehr oder weniger deren Anschauungen entsprechen dürfte — das Folgende entnehmen: „c. Möge Graf Bismarck sorgsam wachen über das Land und namentlich den Anstiftern von Maßregelungen gegen die preußenfreundlichen Gesinnungsgenossen die Lust dazu gleich von vornherein benehmen! Möge die preussische Regierung nie vergessen, daß man sich hier nur mit Zähneknirschen dem Unvermeidlichen fügt und Sachsen von nun an der heimische Herd aller derer werden wird, die Rache im Herzen gegen Preußen nähren und auf die günstige Gelegenheit hoffen, diese Rache nehmen zu können c. Alles in Allem genommen behaupten wir, daß es ein schwerer Fehler sein würde, wenn die preussische Regierung die Großmuth des Siegers zu weit treiben wollte. Früher oder später würde es sich rächen. Wir mögen unsern Bericht nicht schließen, ohne nochmals auf die sächsischen Preßzustände zurückzukommen. Die preussische Regierung hat alle Ursache, die Zeitungen, welche bisher unabhängig von der officiellen Presse für den Anschluß an Preußen sich aussprachen, zu unterstützen und zu kräftigen, und dem Unzuge, den die Leipziger Zeitung, das Dresdner Journal und circa 50 sogenannte Amtsblätter in sächsisch-österreichischem oder particularistisch-sächsischem Sinne trieben und jeden Augenblick bereit sind, wieder aufzunehmen, wenn nur erst diese verhassten preussischen Uniformen aus dem Lande sind“, nachdrücklich zu steuern c. c.“ — Si tacuisses!

Bei dieser Gelegenheit sei bemerkt, daß wir unser Citat der „Leipziger Zeitung“ verdanken, welche in ihrer Nr. 252 von 1867 und Nr. 127 von 1869 die gravirendsten Annexionsartikel Biedermann's zusammengestellt hat. Ueber diese Artikel hat bekanntlich das Leipziger Bezirksgericht am 14. Octbr. 1867 das Urtheil gefällt, daß sie „sämmtlich, und zwar zum Theil in schroffer und gefährlicher Weise, für die vollständige Einverleibung des Königreichs Sachsen in das Königreich Preußen sich aussprechen, und daß hierzu von Herrn Biedermann in seiner Stellung als Redacteur eine Bemerkung, daß er mit diesen von ihm zum Abdruck gebrachten Artikeln und der in selbigen verfolgten Tendenz nicht einverstanden sei, niemals gemacht, was doch um so nothwendiger gewesen wäre, als sogar mehrere der fraglichen Aufsätze von ihm als Leitartikel an die Spitze des von ihm redigirten Blattes gesetzt worden.“ —

Glauchau. 6. April. In einer Bezirkskommission des 17. Wahlbezirks, in der fast alle Orte vertreten waren, ist nachstehende Resolution einstimmig angenommen worden. Zur Annahme dieser Resolution sollen fast in allen Orten des Wahlbezirks Versammlungen abgehalten werden. Sie lautet:

„Die heutige Volksversammlung zu Glauchau protestirt gegen den Beschluß des Reichstags, durch welchen der Vertreter unseres Wahlbezirks im Gefängniß belassen wurde. Sie betrachtet es als ein Zeichen jämmerlicher Ohnmacht, wenn eine Volksvertretung erklären muß, nicht die Macht zu besitzen, ein wegen politischer Vergehen im Gefängniß befindliches Mitglied für die Dauer einer Session frei fordern zu können.“

„Die Volksversammlung protestirt wegen des ihrem Vertreter durch das sächs. Justizministerium verweigerten Urlaubs, erblickt in diesem Beschluß eine Mißachtung des Volksmandats, einen Akt der Rücksichtslosigkeit gegen die Wähler und sieht es als ein Zeichen der Angst und Furcht vor ihrem Vertreter an.“

„Die Volksversammlung erklärt ferner, daß sie vor wie nach fest und treu zu ihrem Vertreter steht, sie fordert ihn auf, das Mandat für den 17. Bezirk zu behalten, und spricht hiermit aus, daß sie ihn als ihren Candidaten auch für die nächstjährige allgemeine Reichstagswahl ansieht.“

Nr. 20 des „Volkstaat“ ist nicht — wie es in Nr. 24 hieß — wegen Beleidigung des Justizministers Abelen“ confiscirt worden, sondern nur auf Antrag desselben wegen angeblicher Beleidigung der Hochverrathsgeschwornen und des Präsidenten von Müde. Herr Justizminister Abelen selber verzichtet für seine Person auf eine strafrechtliche Verfolgung; er weiß jedenfalls: warum? — Die Anwesenheit des Justizministers in einem gewöhnlichen Prozeß würde absolut nichts Tadelnwerthes gehabt haben; aber es ist etwas ganz Anderes bei einem politischen Prozeß, den die Regierung veranlaßt hat, und bei dem sie selber (und zwar zunächst der Justizminister) Partei ist. Die Anwesenheit des Justizministers bei einem solchen Prozeß kann nur dem politischen Interesse an einer Verurtheilung, nicht dem juristischen Interesse an dem Verlauf entspringen; und wenn Richter und Geschworne sehen, daß die Regierung sich so sehr für die Verurtheilung interessiert, so ist das Beeinflussung in des Wortes verwegener Bedeutung. — Zur vollständigeren Kennzeichnung dieser Affaire möge ein Schreiben, das bereits bei den Akten liegt, hier Platz finden:

„An die Kgl. Staatsanwaltschaft Leipzig.
„Gegen den verantw. Redacteur der Nr. 20 des „Volkstaat“ vom 8. März, Seiffert, ist die Untersuchung wegen „Beleidigung“ der Herren Geschwornen und des Präsidenten des Hochverrathsprozesses eingeleitet worden. Ich erlaube mir mit Bezug hierauf zu bemerken, daß ein ähnlicher Prozeß gegen mich bereits seit länger denn dreiviertel Jahren beim Kgl. Gerichtssamt in Chemnitz schwebt, und daß die von mir daselbst zu den Akten gegebenen Erklärungen und Anträge für den Ausgang dieser neuen Untersuchung gegen Seiffert von erheblicher Wichtigkeit sind.“

Demgemäß möchte ich mir auch den Antrag erlauben, die Kgl. Staatsanwaltschaft wolle auf Grund von Art. 3 der Rev. Strafpr.-Ordn. mich als Entlassungszeugen in der Seiffert'schen Untersuchungssache vernehmen lassen, bez. meine Chemnitzer Akten zu diesem Zweck requiriren. Auf Vorhalt derselben würde ich meine Chemnitzer Angaben nicht nur aufrecht erhalten, sondern auch noch theilweise durch weiteres Beweismaterial verstärken. Besonders was die gedachte Parteilichkeit und Unfähigkeit des Herrn von Müde betrifft. Bereits in Nr. 1 des „Volkstaat“ von d. 3. habe ich in einem Artikel mit der Ueberschrift „Etwas für das sächsische Justizministerium“ nachgewiesen — ohne daß man bis jetzt mich zu widerlegen auch nur versucht hätte — daß Herr von Müde als Präsident der Hauptverhandlung einfache Bestimmungen der Strafprozeßordnung über die Beweisaufnahme nicht gekannt, bez. nicht beachtet und verletzt hat. Den anbei folgenden Beleg hierfür (Nr. 1 des „Volkstaat“ von 1873) bitte ich daher ergebens den Akten gef. einverleiben zu wollen. Weiteres behalte ich mir für die gerichtliche Vernehmung vor. Ich glaube, daß derselbe Seitens der Kgl. Staatsanwaltschaft ein Widerspruch um so weniger entgegengesetzt werden dürfte, als ich — der im Hochverrathprozeß „Freigesprochene“ — ja im Stande bin, meine Aussagen eum studio zwar, aber sine ira abzugeben.

Hochachtungsvoll und ergebenst
Adolf Heyner.

Leipzig, den 26. März, am Jahrestage der Verurtheilung von Liebknecht und Bebel.“

Auf diesen Antrag, den die Staatsanwaltschaft dem Gerichtsamte übergeben, hat dieses resolvirt, daß im Beleidigungsprozeß die Intervention eines Dritten unzulässig sei. Es wird nun Seiffert selber die Vernehmung Heyner's beantragen.

Man schreibt uns: „Die Herren vom „Neuen“ haben dem „Volkstaat“ vorgeworfen, er habe Männer, die sich 1871 in der Pariser Commune hervorthaten, geschmäht — sind aber natürlich den Beweis schuldig geblieben. Dagegen mögen die Mitglieder des Allgem. Deutschen Arbeitervereins die Nummer 8 des „Socialdem.“ vom Jahre 1870 nachlesen, da finden sie in der Mitte der dritten Spalte wörtlich Folgendes: „D ihr genaligen deutschen Revolutionäre! Ihr stellt euch auf eine Stufe mit Herrn Delescluze, der neben der großen Feigheit mit euch übereinstimmt im Haß und in der Schmähsucht gegen uns, gegen die Socialdemokratie.“ Das ist gegen Delescluze, den bekannten großen Märtyrer der Commune, gesagt! Und das Blatt, in dem das geschrieben steht, war damals ebenso wie heute der „Neue“, Organ des Allgem. Deutschen Arbeitervereins, und derselbe Hassmann, der heute in der Redaktion sitzt, sah auch damals darin. A. S.“

Der Strike der Buchdrucker

dauert unverändert fort, da durch die Annahme der Herren „Principale“ die Ausgleichsversuche mit dem Verband gescheitert sind. Der „Correspondent“ berichtet darüber: „Wenn wir uns in's Gedächtniß rufen, in welcher Art und Weise seitens verschiedener Principale der Verband geschmäht wurde, wie man einzig und allein darauf hinausging, dem Verband mit Einem Schlag den Garaus zu machen, wie man die Nichtverbändler zu Unzuständen der Verbandsmitglieder als die rechten und echten Vertreter der Gehilfen pousirte, so muß man den Vorschlag des Verbandspräsidenten, die Wahlen aus allgemeinen Gehilfenversammlungen hervorgehen zu lassen, als ziemlich weitgehend betrachten, denn eigentlich ist doch nur der Verband berechtigt, Schiedsrichter seitens der Gehilfen zu stellen, da nur dieser sich im Conflict mit den Principalen befindet, wozu die Nichtverbändler bekanntlich da sind Alles annehmen, was ihnen fertig überreicht wird. Es liegt also nicht die geringste Gefahr vor, daß nach Austrag des Streites durch den Verband die Nichtverbändler denselben wieder aufnehmen, weil sie nicht um ihre Meinung in dieser Sache befragt worden sind. Wenn diesen überhaupt daran läge, ein Mitbestimmungsrecht in Lohnfragen zu haben, wären sie eben keine Nichtverbändler. Auch seitens derjenigen Principale, die nicht im Principalsverein sind, ist ein Einspruch gegen allgemeine Geltung haben sollende Abmachungen zwischen Principalsverein und Verband nicht zu befehlen, denn diejenigen Principale, die nicht im Verein sind, sind eben solche, die sich stets in Frieden mit ihren Gehilfen ausgleichen, also sich auch in diesem Punkte bestimmt fügen. Zudem hat der Verband, der seitens der Gehilfen allein die Last und die Kosten des Streites getragen und noch ferner tragen wird, sich dadurch ein unaufsehbares Recht erworben, auch die Sache seitens der Gehilfen allein zu Ende zu führen. Gleichwohl hat die Generalversammlung in Weimar die Annahme dieser entgegenkommenden Vorschläge als eine Concession betrachtet, die man dem Verbande mache, und deshalb verlangt, daß der Verband den von Principalen aufgestellten Tarif anerkenne und den Strike aufhebe. Erst dann will man sich herbeilassen, mit dem Verbandspräsidenten zu verhandeln. Während der Verbandspräsident die sofortige Einberufung der Delegirtenversammlung im Auge hatte, um den Strike zu beenden und dadurch zu einem dauernden Frieden zu gelangen, forderten die Principale erst Unterwerfung unter ihre Bestimmungen. Das Einigungsamt soll erst zusammentreten, wenn es nichts mehr zu einigen giebt! Nebenbei sei erwähnt, daß die Leipziger Principale in demselben Augenblicke, wo sie mit dem Verband verhandelten, den Leipziger Vokalanschlag einseitig feststellten. Wir meinen, daß, wenn man das Einigungsamt überhaupt anerkennen will, dasselbe Mittel auch in Anwendung kommen muß, wenn es sich um lokale Abmachungen handelt. — Auch einen zweiten Punkt der Vorschläge des Präsidenten glaubten die Principale nicht anerkennen zu dürfen, nämlich daß die Tarifberathung nicht auf Grundlage der beiderseitigen Tarife vorgenommen werden könne, daß vielmehr nur der Principal-Tarif als Vorlage dienen solle. Der Verband streitet sich nicht um Formen und Worte, er hat auch dieses Verlangen fallen lassen. — Bezüglich des Differenzpunktes hätte sich leicht ein Ausweg finden lassen. Man brauchte nur die Wahlen zur Delegirtenversammlung anzuschreiben, den Termin des Zusammentrettes anzubereimen und den Delegirten die Macht einzuräumen, den Tarif endgiltig festzustellen und die beiderseitigen Vorstände zu verpflichten, den vereinbarten Tarif sofort in Kraft zu setzen, dann konnte recht gut die Arbeit wieder aufgenommen werden, da sich ein Provisorium in den betr.“

Orten wohl hätte finden lassen. Statt dessen läßt man Alles in der Schwebe hängen, macht den vereinbarten Tarif von einer Principals-Generalversammlung abhängig, die andererseits eine Abstimmung der Gehilfen erfordert. Nehmen wir an, daß die Principale ablehnen und die Gehilfen annehmen, oder umgekehrt, so sind wir wieder auf dem alten Flede. Das nennt man Einigung. Man sollte sich doch endlich mal daran gewöhnen, die Gehilfen als gleichberechtigt bei der Entscheidung über Lohnfragen anzuerkennen und sich nicht allzusehr an die althergebrachten Formen stößen. Die Beendigung des Streites war beiderseits für den 31. März in Aussicht genommen. Durch einige Herren in Weimar, welche die Einigung von Bedingungen abhängig machten, die nichts weniger als Grundlagen zu einem dauernden Frieden genannt werden können, ist die Beendigung des Streites in unbestimmte Ferne gerückt worden und der Vorstand des Principalvereins deutet an, daß er „Anordnungen“ ergehen lassen werde, die saltem Vermuthen nach wieder die alte Parole zur Basis haben werden: „Der Verband soll und muß vernichtet werden!“ Wenn es nun einmal nicht anders geht, wenn man vernünftigen Vorschlägen kein Gehör schenken will, dann bleibt den Gehilfen nichts Anderes übrig, als ihr gesetzlich gewährte Recht bis auf den letzten Mann zu verteidigen.“

Gewerkschaftliches.

Gewerkschaft der Manufaktur-, Fabrik- und Handarbeiter.

Gewerkschaften und Freunde!

Wir veröffentlichen heute die bis jetzt bei uns angemeldeten Neuwahlen auf Grund der stattgehabten Reorganisation unserer Gewerkschaften und fordern alle Säumnigen und Rückständigen auf, sich unverzüglich zu erklären, andernfalls werden wir die Namen der seitherigen Vertrauensleute im Organ aufrufen, um durch die Genossen bezüglicher Orte wenigstens Gewißheit über den Stand der Dinge zu erlangen.

Die Adressen für Wandernunterstützung sind zu vervollständigen, ebenso rückständige Mitgliederlisten an den Vorort einzuliefern. Stationen, die dies versäumen, haben keine Ansprüche auf unsere Hilfeleistung, wenn wir ohne Mittel zu Controle gelassen werden.

Abrechnungen bis Ende März sind ebenfalls ungefäumt einzugeben, damit wir in der Hauptasse Ordnung halten können.

Der Versandt bestellter Materialien erfolgt noch vor Ostern und bemerken wir ausdrücklich, daß jeder Vertrauensmann, Beitragsammler und Controlleur ein Generalversammlungsprotokoll haben muß. Wir verweisen nochmals auf unsere Bekanntgaben im Volksstaat Nr. 10 und 19 und weisen jede weitere Verantwortung von uns, wenn die Thätigkeit unserer Gewerkschaft durch die eigenen Säumnisse der Genossen in entscheidenden Momenten nicht ausreichend wäre. Cameraden! Es kann nicht genügen, daß wir da oder dort aus kleineren Verwicklungen siegreich hervorgehen; gegenüber dem riesigen Anschwollen der eisernen Konkurrenz im mechanischen Stahl und allem damit Zusammenhängenden ist es jetzt die höchste Zeit geworden, voran die Weber und Wirler, in dicht geschlossenen Reihen zur Abwehr zu treten! Wollt ihr warten, bis euch endlich der Druck der Verhältnisse den Kampf ohne genügende Organisation aufzwingt, dann ist es zu spät. — Vorwärts also zunächst ihr, die ihr bisher mit der Einigkeit und dem Beispiel des Opfermuthes vorangegangen seid, treibt die in der Knechtung und im Hunger lach und gleichgültig Hinbrütenden an zum Erwachen, in unsere Reihen! Weckt ihren Muth und regt ihren Opfermuth in Dienste der eigenen Sache an!

Hört mit dem hässlichen Schicksalsduffel! Es lebe der selbstbewußte, gerechte Widerstand! — Soll dieser aber zum Ziele führen, so gewöhnt euch daran, darüber Klarheit zu erlangen und zu verbreiten, daß wir ohne Geldmittel nicht kämpfen und diese nicht gewinnen können, wenn sich nicht jeder Gewerkschafter gelobt, binnen Jahresfrist sammeln zu helfen, bevor er an unsere Hüfe appelliren will.

Die Wunder von Rauber und Schatzgräberei würden wir umsonst herbeiträumen, auch haben wir kein Füllhorn, das wir in euren Schoos schütten könnten, es sei denn, daß ihr es euch zuvor selber bereitet hättet!

Unsere Gewerkschaft stand bei Beginn der Bewegung in erster Kampflinie, die Periode der Prüfung und Läuterung ist vorüber, jetzt, daß wir vor der großen kämpfenden Arbeiterwelt nicht beschämt vom Platze treten müssen! Berufsgenossen und Freunde! Wir appelliren an euer Pflichtbewußtsein und zählen auf euch!

Für die Vorortverwaltung
J. Rotteler, z. J. 1. Vorst.

Von Ostern an sind Briefe in Gewerkschafts-Angelegenheiten an E. Mehlhorn, Expedition des Criminal- und Bürger- und Bauernfreund, Gelder zc. an G. Sieheß aber zu adressiren, da ich auf mindestens 4 Wochen geschäftlich verreise.

J. Rotteler.

Chemnitz: Vertrauensmann Aug. Alex. Steig; Beitragsammler Carl Haase, Untere Georgenstraße 3; Controlleur Ferd. Teubert; Wandergeld beim Beitragsammler. — Hohenstein-Ernstthal: Vertrauensmann Jul. Seifert; Beitragsammler Louis Pöschner; Controlleur Fritz Koch; Wandergeld beim Vertrauensmann. — Ronneburg: Carl Schmidt (Schuhmacher); Beitragsammler Rob. Jung; Controlleur Aug. Schmugler; Wandergeld? — Deuben bei Dresden: Vertrauensmann Fr. Rob. Schönhalz, Kirchgasse 92; Beitragsammler H. Ebert; Controlleur Aug. Böhm; Wandergeld bei E. Hanisch, Felbgasse (Cigarrenarbeiter). — Reutlingen: bei Pfillingen: Vertrauensmann Carl Renz, Schloßgasse (Pfflingen); Beitragsammler Christ. Walz, Reutlingen, Altvorstadt 152; Controlleur W. Perch; Wandergeld beim Beitragsammler. — Wolfenbüttel: Vertrauensmann A. Bierweg, Reich 32, Beitragsammler Ed. Schmeyer; Controlleur Berend, Wiebe, Holzhäuser; Wandergeld? — Passau: Vertrauensmann Georg Gablauer in Ort 71; Beitragsammler Alois Bauer; Controlleur Joseph Marbauer; Wandergeld? — Hainichen i. S.: Vertrauensmann Friedr. Ferd. Schröder, Biegelweg 10; Beitragsammler Friedr. Köhler, Tuchm. Controlleur R. E. Lange (Weber); Wandergeld? — Schönaub. Chemnitz: Vertrauensmann Franz Aug. Mehner, Haus 46; Beitragsammler Jul. Job. Kempter; Controlleur Wilhelm Tauber; Wandergeld beim Beitragsammler von 12 bis 1 Uhr Mittags. — Ramez i. S.: Vertrauensmann J. Karl Wenzel, unterm Schloßberg 589; Beitragsammler J. W. Werner, innere Pulsnickerstr. 511; Controlleur Carl Müller in Schloßberg; Wandergeld beim Beitragsammler von 12 bis 1 Uhr Mittags und von 8 bis 9 Uhr Abends. — Schweinau bei Nürnberg: Vertrauensmann Elpr. Bauer, Haus 45; Beitragsammler Ferd. Hörner; Controlleur L. Lorenz; Wandergeld beim Vertrauensmann. — Gotha: Vertrauensmann Constantin Giesede, Hützelgasse 47; Beitragsammler E. J. Langlog; Controlleur Ernst Canis; Wandergeld bei Ch. Kämmerhirt, Berg 37. — Frankenberg: Vertrauensmann Aug. Kösch, Sonnenstraße 289 e; Beitragsammler Herm. Schöne, Fab-

rikstraße 399; Controlleur Adolf Prosch; Wandergeld beim Beitragsammler. — Braunschweig: L. Bertram, Kaiserstraße 28; Beitragsammler A. Hense; Controlleur? Wandergeld? — Meerane: Vertrauensmann A. Söllner, Augasse 334; Beitragsammler Aug. Hermann; Controlleur Val. Taubert; Wandergeld beim Vertrauensmann von 12 bis 1 Uhr Mittags und von 7 bis 8 Uhr Abends. — Hof: Vertrauensmann Jakob Jene, Leimiger Weg, Wirtschaft Schloßh; Beitragsammler J. Söllner; Controlleur B. Köhler; Wandergeld beim Vertrauensmann von 12 bis 1 Uhr Mittags u. von 7 bis 8 Uhr Abends. — Berlin: Vertrauensmann W. A. Schuster bei Herrn Garbe, Blumenstraße 36 b; Beitragsammler Ed. Reifer; Controlleur W. Schmidt; Wandergeld?

Internationale Gewerkschaft der Schuhmacher.

Da sich jetzt die Collegen zweier Städte im Kampf befinden, drängt es uns, einige Worte über die bisherige Stellung dieser Collegen zu äußern. — Schon vielfach sind Stimmen laut geworden, daß unsere Collegen in Mainz und München sich nicht unserer Gewerkschaft anschließen, nicht eintreten als Mitgliedschaft, wie sich's für Collegen, für Arbeiter geziemt, die durch die Zeitverhältnisse eingesehen haben, daß Vereinigung nöthig und Einigkeit stark macht. Sie gehen nicht heraus aus ihren Mauern, sechten in ihren Winkeln und treiben ein Vereinswesen, das sich nur auf ihre Stadt oder Ort bezieht, das man aber nur Vereinspielerei nennen kann und fast als ein Verbrechen an der Arbeiterbewegung bezeichnen möchte. Wir erkennen in derartiger Organisation nur eine Vergeßlichkeit und Verschleppung der Gewerkschaftsbewegung, welche erstere durchaus verbannt und getadelt werden muß. Wir sind keine Corporation, die sich mit Fachvereinen u. s. w. begnügen möchte, wir zählen nach Tausenden und wir sagen mit Recht, daß ihr Collegen von Mainz und München unter diese Tausende gehört und das Bewußtsein dieser Einheit erlangt hat; aber warum so in der Ferne schweben? Es ist eure Pflicht, zu uns zu kommen, ihr gehört in unsere Reihen.

Schon oft haben wir uns gefragt, welches Wohlgefallen, was für Vergnügen es Euch wohl machen muß, so allein zu stehen in der jetzigen bedeutungsvollen Zeit, ihr Münchner Collegen, so trocken und gemüthlich auf Euren „Zuchthausposten“, wie ihr Euch zur Zeit des Berliner Congresses ausdrückt, zu kleben! Und ihr, Collegen in Mainz, habt ihr immer noch die alten Vorurtheile, die ihr uns einstmalig kund gabt? Habt ihr noch keinen andern Begriff von der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung bekommen? Erkennt ihr immer noch nicht unsere Organisation für gut und praktisch an? Seht ihr nicht ein, daß unsere Arbeiter und Gewerkschaften anderer Branchen fast dieselbe Organisation haben und sich wohl fühlen?

Wohl können wir uns vorstellen, daß ihr uns zur Antwort gebt, wie es so viele schon gethan haben: „Wenn es gilt, so sind wir da, wir wissen und verstehen unsere Schuldigkeit trotz alledem zu thun!“ Damit sind wir nicht zufrieden; bei uns gilt es immer: einen großen Verein, einen großen Bund, eine große Gewerkschaft zu bilden und zu schaffen. Wozu da noch Fach- und Ortsvereine, die doch nur ein Hemmschuh sind? Darum, Collegen, fort mit dieser Vereinspielerei; es gilt, für die Centralisation zu wirken. Für den Arbeiter giebt es keine Ausreden mehr, es muß gehandelt werden, und je mehr ihr Einwendungen macht, würdet ihr nur die Befangenheit zeigen, in der ihr Euch befindet; daß es Euch noch nicht möglich gewesen ist, zu begreifen, daß ihr Euch dem Ganzen und Großen anzuschließen habt. Eure materiellen Opfer müßten schon längst allen Genossen zu Gute kommen. Ist es ein Wunder, wenn von Collegen Stimmen laut werden, die ebenfalls von Befangenheit und Unbefonnenheit zeugen, — Stimmen, die sich dahin aussprechen: wenn ihr Mitglieder wäret, Euch bereitwillig zu unterstützen? Wer sind Diejenigen, die solche Gedanken groß ziehen, wer ist Schuld daran, daß solche eines Arbeiters und Mannes unwürdige Redensarten hier und da fallen und wohl gar zur Geltung gebracht werden? Ihr seid es. Nicht aus Barmherzigkeit soll ein Arbeiter den andern unterstützen, sondern aus Pflicht. Nicht aus Barmherzigkeit soll ihr eintreten in die Gewerkschaft, wohl aber aus Pflicht. Also, Collegen in Mainz und München, an Euch ist es, solche unwürdigen Gedanken und Aeußerungen zu verbannen.

Weiter möchten wir unsere Collegen fragen, ob sie nicht tagtäglich sehen, wie sich ihre Meister, Arbeitgeber, Fabrikanten u. s. w. organisiren? Bleiben diese am Ort organisirt? Agitiren sie nicht tagtäglich, um ihren Meister- und Fabrikantenbund so groß als möglich zu machen? Haben nicht schon unsere Collegen in Süddeutschland geklagt, daß ihre Meister einen Bund geschlossen hätten, um sie, die Arbeiter, in die Enge zu treiben, um sie besser auszubeten und maßregeln zu können? Nun, Collegen, hier gilt kein Klagen, Jammern, Händeringen und Beschwören, hier heißt es: ein Beispiel nehmen und dasselbe thun! Wenn es dem Meister, Fabrikant und Arbeitgeber erlaubt ist, so liegt auch Euch Nichts im Wege, was Euch die Vereinigung und Centralisation verbietet. Muß es nicht für Euch eine doppelte Pflicht sein, in die Centralisation einzutreten, wenn ihr hört, dieselbe soll durch herg- und gewissenlose Subjecte zerstört werden? Euch soll etwas genommen, etwas zerissen werden, worauf die Principale die größte Sorgfalt verwenden und die weitgehendsten Ansprüche machen? Collegen in Süddeutschland, an Euch ist es, wenn ihr diese Befürchtung hegt, eure Centralisation ebenfalls so weit als möglich auszubreiten und zu befestigen. Aber nicht nur in Süddeutschland, sondern überall mögen sich die Collegen ein Beispiel nehmen und Muth und Ausdauer zeigen.

Noch eins möchten wir unseren Collegen in Mainz und München an's Herz legen. Wir wünschen sie, so gut wie dieselben in Erfurt vertreten waren, auch bei uns in Weimar als Mitglieder durch Delegirte vertreten zu sehen! Dann heißt verbessern, was ihr an unserer Organisation zu tadeln habt. Wir haben durch unsere freiausgesprochene Ansicht durchaus unsere Collegen nicht beleidigen wollen, aber die Wahrheit dürfen wir auch sagen und das darf Niemand übel nehmen. Wir hoffen, unsere Collegen in Mainz und München bel. h. z. zu haben und erwarten von allen unseren Mitgliedschaften deren volle Zustimmung.

Der Aufsichtsrath.

Ersur. Am 24. März hatten wir eine größere Schuhmacherversammlung einberufen mit der Tagesordnung: „Unsere Lohnfrage.“ — Als Referent fungirte Herr Robert Knöfel aus Dresden, welcher ausführte, daß unsere Bemühungen größer waren als der Erfolg und daß wir die Erhaltung der Gewerkschaft nur der Localfrankenkasse verdanken. Herr Knöfel erwähnte auch die Frankenkassenarbeit, wie durch dieselbe die Erziehung der Kinder verabsäumt wird, und wie er hier gefunden, daß die Frau trotz dem Manne mit arbeitet an den Schuhen, um sich ihre Existenz zu verschaffen. — Kürzlich sollte eine Meisterversammlung arrangirt werden; zu dieser wurden 5 Gewerkschaftsmitglieder gewählt. Herr Knöfel wollte referiren. Was geschah? Als die Kaffe beisammen, wurde der Vortrag abgelehnt von den Innungsmessern, und wir gingen

unverrichteter Sache in unser Gewerkschaftslokal zurück. Denkt an uns, Brüder allerorts! Kommt die Noth über uns und unsere Kinder, so werdet ihr Eurer Pflicht eingedenk sein. Wir müssen weiter handeln! (Lohntarif fremder Städte sollen kurzgefaßt dem Publikum veröffentlicht werden.)

Mit sozialdemokratischem Gruß

der Schriftführer der Gewerkschaft: M. Reinecke.

Weimar. Zu der am 1., 2., 3. und 4. Juni d. J. zu Weimar stattfindenden Generalversammlung laden wir hierdurch freundlichst ein. Um so viel als möglich für Freiquartiere Sorge tragen zu können, bitten wir die Mitgliedschaften, der Verwaltung die Delegirten sobald als möglich anmelden zu wollen, damit wir zeitig genug benachrichtigt werden.

Für das Localcomité.

J. A. Matthey.

Für gewöhnliche Schaffstiefeln einfachsöhlig		1 fl. 36 kr.
Stutzenböden ohne Naht		1 „ —
Vorschuhe mit und ohne Kappen		1 „ 6
Herren-Hauschuhe mit Rand		42 „
Knabenstiefeln mittlerer Größe		1 „ —
Herrenbesatz		39 „
Herren-Johlen und Flecke		18 „
Herren-Doppelsöhlen, dazwischen 6 Obersöhlen		12 „
Damenstiefeln mit Rand und Absätzen		50 „
Schuhe von feinem Leder mit Absätzen		50 „
Gewöhnliche Schuhe		36 „
Mädchenstiefeln mittlerer Größe		33 „
Damenbesatz mit Rand		20 „
Damen-Johlen und Flecke		14 „
Damen-Über- und Zwischensöhlen		9 u. 6 „

Die Gewerkschaft Würzburg.
Kaiser, Schriftführer.

Allgemeiner deutscher Schneiderverein.

Einer Mittheilung aus Regensburg zufolge versuchten die Arbeitgeber, da sie eine Lohnhöhung befürchteten, einen Arbeitsauschluß zu provociren. Am 15. März wurden jedem Gehilfen zwei Reverso vorgelegt. In dem ersten sollte durch Unterschrift erklärt werden, nicht der Gewerkschaft anzugehören, und in dem zweiten, aus derselben auszutreten. Leider hatten auch einige Mitglieder den zweiten Reverso unterschrieben, jedoch gelang es dem Bevollmächtigten Rüd., in einer Versammlung den Beschluß durchzubringen, daß sämtliche Unterschriften als erpreßt zu betrachten sind und wurden dieselben wieder zurücksgenommen. Dieser Beschluß brachte die Herren außer Rand und Band; nachdem sich aber ihre Wuth gelegt hatte, hielten sie sämtliche ausgeschlossene Mitglieder bei Zulassung einer Lohnaufbesserung von 15—20 Prozent wieder. Obgleich diese Aufbesserung bei den schlechten Löhnen nicht ausreicht, so hat doch die Gewerkschaft seit einem Jahr in manchem Geschäft eine Lohnhöhung bis zu 40 Prozent bewirkt. Zugung ist noch fern zu halten.

Vorstehendes beweist, wie nothwendig die Organisation ist, denn nur in der Einheit liegt unsere Macht. Collegen allerorts! Immer und immer wieder ergeht der Ruf an Euch: Gründet Mitgliedschaften und beobachtet eure Gegner, wie sie sich organisiren! Wollt ihr bei eurem Indifferentismus beharren, so wird die Zeit kommen, wo ihr euch selbst sagen müßt: wer nicht hört, muß fühlen. Darum reicht die Hand zum Bunde, auf zur Organisation.
Chemnitz, den 2. April 1873.

Für den Ausschuß:
G. Schöffel.

An die Klempner- (Spengler-) Gehilfen in und außerhalb Deutschlands.

Samburg, 1. April. Fachgenossen! Obgleich wir schon vor circa einem Jahre das Bestehen eines Fachvereins der Klempner zur allgemeinen Kenntniß brachten und zur Gründung von ähnlichen Vereinen aufforderten, um unsere Lage zu verbessern, so hat doch leider dies sehr wenig fruchtete. Es ist nun geschehen, daß unsere Arbeitgeber uns überholt haben. Am 16. März fand in Frankfurt a. M. der erste Congress der deutschen Blecharbeiter statt, und theiligten sich daran circa 300 Klempnermeister aus allen namhaften Städten Deutschlands. Es wurde die Gründung eines Arbeitgebervereins beschlossen. Zweck des Vereins ist natürlich die Wahrung ihrer Interessen den Arbeitern gegenüber, alsdann die Einführung von Entlassungsscheinen oder Führungsartefacten, welche den Zweck haben, Arbeiter, welche sich das Mißfallen ihres Arbeitgebers zugezogen haben, dem Hunger preiszugeben. Sodann wurde eine allgemeine Berufstattdnung angenommen, welche ganz und gar dazu angethan ist, die Arbeiter zu Sklaven herabzumwürdigen.

Collegen! Wachet auf! Verurtheilt Versammlungen ein und gründet überall, wo es irgend thunlich, ähnliche Fachvereine, wie sie schon in Wien, Zürich, Frankfurt a. M., Hamburg und Altona bestehen, damit wir bald einen über ganz Deutschland und über seine feine Grenzen hinaus verbreiteten Verein ins Leben rufen können.

Collegen! Wir rufen Euch zu: Schließt Euch zusammen zu unser Aller Wohl! Einigkeit macht stark!

Wir sind gern bereit, alle hierauf bezüglichen Anfragen sofort zu beantworten, sowie allen Collegen, welche es wünschen, unsere Statuten zuzusenden.

Schließlich bemerke ich noch, daß wir in unserem Vereinslokal, Schoppensteil 22, ein Arbeitsvermittlungsbureau eingerichtet haben, und wird daselbst jeden Abend von 8—9 und Sonntags Morgens von 10—11 Uhr Arbeit nachgewiesen.

Alle Briefe sind an den Unterzeichneten zu richten.

Mit collegialischem Gruß und Handschlag

der Vorsigende der Klempner und Gasfitter.

W. Metzger, Neuz Fuhrtenstraße 7, II. Etage.

Correspondenzen.

Leipzig. Am 5. April wurde Hephern der Bescheid der Kreisdirection — welcher die gegen ihn verhängte polizeiliche Ausweisung genehmigt — mitgetheilt. Zugleich wurde ihm nun von Polizeiwegen eröffnet, daß er „innerhalb 24 Stunden bei Strafe der Verhaftung und Wegschaffung“ die Stadt zu verlassen habe. Auf seinen hiergegen erhobenen Recurs sollte er nach einigen Stunden Antwort erhalten. Er schickte daher der Vororge halber sogleich nachstehendes Telegramm ab: „Dresden. Kgl. Ministerium des Innern. Polizeidirection befehlt mir Verlassen der Stadt innerhalb 24 Stunden. Bitte um Suspendirung dieses Befehls bis zur Erledigung meines Recurses und vor 17 Tagen bei der Staatsanwaltschaft eingereichten Strafantrags gegen Polizeidirector. Rückantwort bezahlt. Ergedenst Hephern.“ — Nachmittags kam ihm vom Polizeiamt folgende Nachricht: „Bis nach Eingang der Ministerialentscheidung bleibt der Ausweisungsbefehl in suspensio.“ — Das

Ministerium hat es nicht für notwendig gehalten, die gewünschte Antwort zu erteilen. Ebenfalls hat sich die Staatsanwaltschaft bis jetzt bemüht gefunden, zu erklären, ob sie den Strafantrag annehme oder nicht. Hepper hat deshalb unter'm 7. April die Intervention der Generalstaatsanwaltschaft angerufen und sie um Beschleunigung der Angelegenheit ersucht, „damit es nicht den Anschein gewinne, als werde dieselbe so lange hingezogen, bis er (Hepper) angewiesen und ihm die Möglichkeit, seine Rechte persönlich zu wahren, benommen sei.“

Ernstthal. Wähler Bebel's! Wie Ihr werdet erfahren haben, muß unser Vertreter im Reichstag, August Bebel, sein Mandat in der Rodtasche herumtragen; es ist ihm vom Reichstag während der Session kein Urlaub gestattet worden, und meiner Ansicht nach vielleicht deswegen, weil sich der Reichstag vor ihm fürchtet. Warum fürchtet der Reichstag sich wohl vor Bebel? Weil ihm dieser die Wahrheit tüchtig sagt! Wir werden aber zum nächsten Wahlkampf um so entschiedener für Bebel eintreten; wir haben dadurch, daß Bebel nicht rekrutiert worden ist, ein Kampfmittel mehr in der Hand. Da der Reichstag die Stimmen von ziemlich erstarrten Männern nicht beachtet, so ist es an uns, öffentlich Protest zu erheben und dem Reichstag zu zeigen, daß wir nicht müßlos, sondern vielmehr erst recht kampflustig geworden sind.

Darum auf, Wähler Bebel's, zeigt dem Reichstag, daß der 17. sächsische Wahlkreis nicht Mühe zu machen ist!

Mit sozialdemokratischem Gruß
Gotth. Grabner.

Sainthelm, 20. März. Am 6. d. M. hatten wir eine zahlreich besuchte Volksversammlung, in der Herr Auer aus Berlin über das Parteiprogramm referierte. Zu dieser Versammlung hatten wir die Bourgeois von Hainichen durch Plakate eingeladen, und waren auch Einige erschienen. In mehr als zweistündiger Rede behandelte Hr. Auer unser Programm unter allgemeinem Beifall. Auer schilderte die heutigen Zustände mit einer Schärfe und Gewandtheit, daß es den anwesenden Bourgeoisphilistern gar sonderlich zu Muthe wurde. Auf die mehrmalige Aufforderung, daß die Gegner sich zum Worte melden sollten, fand sich kein Gegner, und Herr Auer sah sich genöthigt, nochmals das Wort zu ergreifen, um die Herren Bourgeoisphilistern in einer Weise zu charakterisiren, daß die ganze Versammlung mit stürmischem Applaus endigte und sich viele Arbeiter von Stadt und Land in die Parteilisten einschreiben ließen. Nach Schluß der Versammlung fand sich noch ein Herr Plantagen-, Ziegelei-, Bergwerks-, Unterkollektur- und Incasto-Geschäfts-Inhaber veranlaßt, Herrn Auer persönlich zu interpelliren, machte aber bei dieser Gelegenheit ein so klägliches Fiasko, daß er es vorzog, mit den übrigen Bourgeois unter dem Gesang des Liedes: „Der Staat ist in Gefahr!“ abzuziehen.

Schemnitz, 26. März. Agitationsbericht. Außer den Versammlungen hier und in Oederan, über welche schon berichtet worden ist, fanden noch 8 weitere statt, über welche wir kurz Folgendes zu erwähnen haben: Bahltitz sprach in Zwickau über den Kampf der Buchdrucker und das Volksschulgesetz; in Glauchau zur Feier des 18. März vor einer überaus zahlreichen und begeisterten Versammlung. Wolf agitirte in Limbach mit sehr gutem Erfolge für die Partei-Organisation und die Buchdruckerbewegung und wurde dabei von anderen Rednern unterstützt; die Bewegung ist hier vortreflich im Gange und es sind auch bereits einige Erfolge bei den städtischen Wahlen erzielt worden. In Claunzig bei Burgstädt hielt Wolf die erste zahlreich besuchte Versammlung ab, unterstützt von Parteigenossen aus Köthensdorf, Wittgensdorf, Laura und Wittweida. Dort machten sich, wie das auf den kleinsten Orten dieser Gegend üblich ist, einige Gegner durch rohe Mißhandlungen bemerklich; der Ortsrichter wollte die Ruhe aufrecht erhalten helfen, wurde aber von dem Gendarmen daran verhindert, indessen gelang es, wie gewöhnlich, auch ohne Polizeihilfe, die Regel in die nöthigen Schranken zu verweisen. Es wurde sofort eine Parteimitgliedschaft gegründet. Uble war in Zschopau, um die Organisation der schon gegründeten Mitgliedschaft zu festigen, bei welcher Gelegenheit sich wieder eine Anzahl neuer Genossen in die Riste der sozialdemokratischen Arbeiterpartei einzeichnen ließ. Nachdem Uster, wie schon gestern berichtet wurde, hier für die Buchdrucker gewirkt hatte, hielt er am 23. März in Schellenberg bei Augustsburg eine Versammlung ab. Auf der Tagesordnung stand: „Die Arbeit.“ Als Redner den Arbeitern anempfohlen, sich zu organisiren, der sozialdemokratischen Partei beizutreten und sozialdemokratische Blätter zu lesen, intervenirte der die Versammlung überwachende Beamte, Herr Referendar Bretschneider, weil Uster gesagt hatte: „Die sogenannten Amts- und Kreisblätter haben so wenig wie die Organe der National-Liberalen und Fortschrittler für die Arbeiter irgend welchen Werth, da in denselben ihren Interessen nicht Rechnung getragen wird. Neben einer oberflächlichen Erfolgsanbetung-Politik und abgedroschenen Anekdoten bringen sie meistens nur noch Nachrichten, wie z. B.: „Se. Majestät der deutsche Kaiser habe sich da oder dorthin zu Jagd begeben. Der Prinz von So und So ist mit dem Tode abgegangen.“ Herr Referendar Bretschneider erklärte, daß er wegen dieser Aeußerungen über Se. Majestät den Kaiser Uster das Wort entziehen müsse. Uster erwiderte, daß er nur über den Inhalt gewisser Blätter gesprochen, nicht aber irgend eine unparlamentarische Aeußerung über den preussisch-deutschen Kaiser gethan habe und daher nicht begreife, wie man ihm deshalb ohne Weiteres das Wort entziehen könne. Die Versammlung stimmte dieser Erklärung Uster's zu. Jetzt wies sich der Herr Referendar in die Brust und sprach folgende demüthigende Worte: „Da die Versammlung einen Charakter angenommen hat, welcher die öffentliche Ordnung gefährdet, so erkläre ich die heutige Versammlung, kraft meines Amtes, für aufgelöst.“ Allgemeine Heiterkeit folgte diesen Worten. Der Staat war wieder einmal gerettet. Gleiches Schicksal der Auflösung hatte eine am Montag von Uble in Oelenau abgehaltene Versammlung.

(Chemnitzer Freie Presse.)

Waldenburg, 4. April. Parteigenosse Adolph Waldt ist heute bei Anmeldung einer Versammlung verhaftet worden. Wie man uns mittheilt, soll die Polizeiverwaltung etwas von ihm verlangt haben, was das Gesetz nicht vorschreibt. (Wie wir nachträglich erfahren, ist Waldt wegen „Majestätsbeleidigung“ zu einer Haft von 3 Monaten verurtheilt worden: D. Reb. d. S.)

Braunschweig, 1. April. Die Schneidergesellen Braunschweigs theilen schmerzhaft den übrigen Kollegen in Deutschland und außer Deutschland mit, daß sie wegen einer Lohndifferenz mit den Arbeitgeber in Verhandlung getreten sind; es scheint aber, als ob eine Uebereinkunft seitens der Arbeitgeber mit uns nicht statfinden solle. Wir bitten deshalb unsere Kollegen, von allen Orten den Zugang nach Braunschweig fern zu halten. Nähere Bekanntmachung behalten wir uns vor. Das Comité.

Alle arbeitervreundlichen Blätter bitten wir um Abdruck.

Hamburg, 5. April. Die Arbeitseinstellung der Maurer und Zimmerer, deren Meister sich durch Conventionalstrafe verpflichtet haben, die Forderung der Gesellen: pro Tag 1 Thlr. 2/2 Sgr. Minimallohn für 9 1/2 Stunden Arbeitszeit, nicht zu bewilligen,

dauert fort. Die Gesellen, insbesondere die Maurer, bei denen „Bange machen gilt nicht“ Parole ist, können das jedenfalls noch lange aushalten, denn 1) sind alle „Freunden“ abgereist, 2) nehmen dieselben nunmehr Arbeiten auf eigene Rechnung an, und je länger der Strike dauert, desto mehr gewöhnt das Publikum sich daran, die „Herren Meister“ zu entbehren und die 5—10 Gr. Meistergeld pro Tag zu ersparen, so daß, wenn dies noch lange so fortgeht, die Gesellen doppelten Vortheil von dem Strike haben. Daß „Freunde“ nicht zugereist kommen, dafür ist auch gesorgt, und und die sich doch etwa hierher verirren, nun, die verstehen ja auch deutsch. Leider stehen die Zimmerleute nicht so fest, indem etwelche aus „Mißverständniß“, mit oder ohne Absicht sie dahingestellt, bei Meisterbrüdnern wieder angefangen hatten.

Uebrigens haben die Maurermeister bereits eingewilligt, für 10 Stunden bei 1 Thlr. 7/2 Gr. Lohn zu zahlen, während die Gesellen bei 9 1/2 Stunden den Lohn von 1 Thlr. 2/2 Gr. aufwärts bezahlt haben wollen. Die Zimmermeister glauben nun freilich alles Ernstes, daß die Gesellen bis 7 Uhr Abends arbeiten sollen, wozu sie allerdings 2 Stunden Mittag bewilligen wollen. Am Besten dabei stehen sich die Landmeister der Umgegend, die nun, weil sie tüchtige Gesellen erhalten, den rentirenden Meistern in der Stadt, manch schönes Stück Arbeit, bei den großartigen Eisenbahnbauten vor der Nase wegschnappen. Man sagt zwar, daß die „Bürger“ die Erläuterung zu Gunsten der Meister erlassen werden, daß sie ihre Bauten auf drei Monate fixiren wollen, allein andere „Bürger“, z. B. Brauer H., der gerade am meisten baut, scheint anders zu denken, und hält die theuern Formsteine für zu gut, um von den paar unfähigen Gesellen, die die Meister in ihrer Noth ange stellt haben, verhußt zu werden. Also „Bange machen gilt nicht!“ Die Sache der Gesellen steht sehr gut, durch Ausdauer und treues Festhalten werden sie ihre Forderung durchsetzen.

Königsberg, 3. April. Sämmtliche Arbeiter der Ostbahn haben die Arbeit eingestellt und verlangen statt 16 Silbergroschen 1 Thaler Tagelohn. Die Bromberger Direction erhöhte auf telegraphische Benachrichtigung den Tagelohn auf 22 1/2 Silbergroschen, was die Arbeiter ablehnten.

Winterthur. Ein Schneiderstrike ist ausgebrochen. 15 Prozent Lohnerhöhung werden verlangt. Der Zugang ist abzuhalten. Wir bitten die Kollegen, sich unserer anzunehmen, da der Kampf immer hartnäckiger zu werden droht. Das Strikecomité.

Erklärung.

In Nr. 19 des „Volkstaats“ vom 5. März d. J. sind gegen meine Person die unbegründetsten Angriffe direct wie indirect von Seiten der Herren Kühn, Wegner, Borch und Wenner geschleudert worden, welche ich unter Protest zurückweise. Versiehende Herren sind in Berlin erkannt — auch die Außenwelt wird selbige noch erkennen. (?)
F. Aurin, Königsgraben 15. Berlin.

An unsere Correspondenten!

Die Zahl der tagtäglich einlaufenden Versammlungsberichte steigt mit der reger werdenden Agitation und der Ausbreitung der Partei dermaßen, daß — so lange das Blatt nur zweimal wöchentlich erscheint — ein unverzüglicher Abdruck der Einsendungen ganz unmöglich ist. Wir bitten unsere Correspondenten daher dringendst, sich der möglichsten Kürze zu befleißigen und in ihren Referaten alles Das wegzulassen, was schon unzählige Mal dagewesen und für die Leser nicht von erheblichem Interesse ist. Andernfalls müßte die Redaktion unbarmerzig den Rothstift anwenden, um den Fall zu verhüten, daß der belehrende und politische Theil des Blattes auf die Dauer durch eintönige Versammlungsberichte in den Hintergrund gedrängt würde. Ramentlich an die Agitatoren und Vertrauensmänner richten wir die Bitte, statt der Referate über einzelne Versammlungen lieber Monatscorrespondenzen und Gesamttagungsberichte einzusenden; es ist dies die einzige Möglichkeit für uns, die Einsendungen ohne lange Verzögerung zum Abdruck zu bringen. Denn so wie die Dinge jetzt liegen, müßte jede Nummer eine Doppelbeilage haben, wenn alles eingegangene Material nur halbwegs schnell berücksichtigt werden sollte. Die Redaktion des „Volkstaats“.

Briefkasten

der Expedition: Hr. in Leipzig für Annoncen 3 Gr. Dr. in Hamburg: f. Annoncen 12 Gr. Die in Nr. 29 quittirten 2 Thlr. vom Arb.-Bild.-Ver. in Stettin für die April-Veröffentlichung sind nicht von Rothbart, sondern von Eckert gesteuert. Gam. in Paderborn: f. Abonn. 19 Thlr. 5 Gr. 4 Pf. erb. D. Kr. in München: f. Abonn. 16 Thlr. 25 Gr. 8 Pf. erb. A. H. in Berlin: f. Abonn. 1 Thlr. 10 Gr. erb. Sigr. in New-York: f. Abonn. 25 Gr. erb. Müll. in Graz: f. Abonn. 12 Gr. erb. Arb.-Bild.-Ver. in Glognitz: f. Abonn. 1 Thlr. 6 Gr. erb. Th. Kfm. in Berlin: f. Abonn. 25 Gr. erb. Gg. in Graz: f. Abonn. 18 Gr. erb. Hrm. in Leipzig: f. Abonn. 3 Gr. f. Monat April 4 1/2 Gr. Heftl. in Leipzig: f. Abonn. 13 Gr. Dr. in Lichtenstein-Catzenberg: f. Schriften 10 Gr. Rechtsanw. Dow. in Göttingen: f. Schriften 6 Gr. Colp. Bkt. in Leipzig: f. Abonn. 1 Thlr. 10 Gr. Int. Schrift.-Arb.-Ges. in Leipzig: f. Annoncen 1 Thlr. 16 Gr. Sydd. in Leipzig: f. Abonn. 13 Gr. 2 Thlr. 8 Gr. erb. Sgl. in Leipzig: f. Schrift. 10 Gr. E. Schmidt in Hainichen: f. Abonn. 11 Quart. 3 Thlr. 18 Gr. Rosa Vera in Sz. Tamas: f. Abonn. 11 Quart. 18 f. Schrift. 1 Thlr. 24 Gr. erb. Klysh. in Dresden und Jngl. in Grimnitzschan: f. Abonn. 1 Quart. 14 Thlr. 8 Gr. erb. A. Prsk. in Budau: f. Abonn. 20 Gr., f. Schrift. 12 1/2 Gr. erb. Gfgr. in München: f. Abonn. 8 Gr. erb. A. Wid. in Langenbielau: f. Abonn. 1 Quart. 8 Thlr. 27 Gr., f. Schrift. 2 Thlr. 15 Gr. erb.; verwenden Sie die Uebri gen zur Agitation; Annoncen kosten 12 Gr. W. Ppl. in Breslau: f. Abonn. 1 Quart. 16 Thlr. erb. F. Pfst. in Köstchenbroda: Wir berechnen Ihnen zu 10 1/2 Groschen. Kfa. Vera. in Sz. Tamas: Marx „Kapital“ können Sie besteuere 10 Gr. bez.; bis jetzt sind 8 Hfte. erschienen. Colp. Bkt. in Leipzig: f. Abonn. 11 Quart. 16 Thlr., f. Schrift. 10 Thlr. erb. B. E. Kr. Coburg: f. Schrift. 3 Thlr. 16 Gr. erb.; Ihr Brief scheint verloren.
der Redaktion: Ch. A. in Duisburg: Ist dem Ausschuss überfandt.
P. R. in München: Brief von Schwirmer nicht erhalten.

Quittung.

Für die stiftenden Buchdrucker hat mit Dank erhalten: Aus Gotha, 1. Sendung: Schuhm.-Gewerkschaft Thlr. 6. 3/2, Schneider-Gewerkschaft Thlr. 4. 8., Zimmerleute Thlr. 5. 6., Maurer Thlr. 2. 10., Auenfabrik Thlr. 3. 2 1/2, Fabrik von Brügge 10., Danien Thlr. 6. 16 1/2, Holzarbeiter-Gewerkschaft Thlr. 7. 3., Summa Thlr. 35. 11 1/2. Göttingen: von einer Anzahl Tuchmachergesellen Thlr. 2. 15., von drei Richterbandsmittgliedern 1 Thlr. Stadt Remba: 17 Gr.
Leipzig. G. Lam m.

Berichtigung.

Einige Exemplare der Beilage sind fälschlich mit Nr. 28 statt mit Nr. 29 bedruckt.

Quittung.

3 fl. 30 k. am 3/12. 79 und 8 fl. 33 kr. am 2/1 73 per P. S. erhalten für einen politisch Gemäßigten, und infolge Annahmeverweigerung seitens des Betreffenden der „Volkstaats“-Kasse (speziell zur Anschaffung von Büchern für die Redaktion) überwiesen.
Leipzig. A. S.

Fond für pol. Gemäßigete.

Son S. B. in Paris 3 Thlr.

Genossenschaftsbuchdruckerei.

Anteilscheine bez. Anteilquittungen ertheilt fern: In Leipzig: E. S. f. Thlr. 10, F. 2. 20; in Hamburg: G. S. 10, E. A. P. 7, E. S. 2, Th. J. 1, Wbd. 1; in Lichtenstein-Catzenberg S. M. 1; in Verona E. S. 1; in Dresden M. S. 8.
Hablisch.

Anzeigen 2c.

Berlin. Internationale Metallarbeiter-Gesellschaft.

Außerordentliche Mitglieder-Versammlung Freitag, d. 11. März Vormittag 10 Uhr im Café Hübner, Invalidenstr. Nr. 16.
Tagesordnung: Besprechung und Entscheidung in Sachen der Controlcommission und andere innere Angelegenheiten.
Alle Mitglieder haben zu erscheinen Der Bevollmächtigte.

Berlin. Sozialdemokratischer Arbeiter Verein.

Donnerstag, den 10. d. M. Abends halb 9 Uhr: Generalversammlung, Café Schreiber, Münzstr. 5. — Tagesordnung: Bericht des Vorstandes und der Revisoren, Neuwahl Beider wie Beschlußfassung über wichtige Anträge. In recht zahlreichem Erscheinen ladet ein Der Vorstand.

Breslau. Arbeiterverein Geselligkeit.

Jeden Sonntag von Abends 7 Uhr an
gesellige Zusammenkunft mit Damen
in Schneider's Restauration, Klosterstraße 73, Martinisplatz- Ecke.
Die Vereine- und Parteimitglieder werden zu recht zahlreicher Theilnahme aufgefordert und wir denselben obiges Lokal bei ihren Ausgängen auch außer der Zeit zu fleißiger Benutzung bestens empfohlen.
Der Vorstand.

Cöln. Sozialdemokratische Arbeiterpartei.

Geschlossene Versammlung Sonntag den 18. April, Morgens 11 Uhr, bei Wiesdorf, Lieboldsgasse. — Tagesordnung: Die „Volkstaats“-Kampfortage. Um pünktliches Erscheinen bittet der Vertrauensmann.

Zugleich werden die hiesigen Parteigenossen dringend ersucht, für die Unterstützung der hiesigen Buchdrucker thatkräftig einzutreten, und sind bereits Listen zum Zeichnen der Beiträge in Umlauf gesetzt. Der Obige.

Elberfeld. Sozialdemokratische Arbeiterpartei.

Jeden Montag Abends 8 Uhr: Zusammenkunft im Lokale des Herrn Albert Kasper, an der Haspeter Brücke. Der Vertrauensmann.

N.B. Montag den 21. Osterfesttag Landpartie nach Reivels, Zusammenkunft beim Wirth Knapperbusch, Hochstr. Amarsch 2 Uhr Nachmittags. Um zahlreiche Theilnahme bittet (2a) b. D.

Elberfeld. Restauration A. Broeker, Thomashof.

Warme Speisen an jeden Abend von 6 Uhr ab. „Volkstaats“, „Sozialdemokrat“ u. s. w. liegen aus. (*)

Freiberg i. S. Sozialdemokratische Arbeiterpartei.

Die hiesigen Parteigenossen versammeln sich regelmäßig alle Sonnabende, Abends 8 Uhr im Hotel zum schwarzen Ross, Petersstraße. Auch liegt der „Volkstaats“ daselbst aus. E. F. Männel, Vertrauensmann.

Bitte an die Hainichen- und Oederaner Parteigenossen: Wir schlagen vor, am 20. April Nachmittags halb 4 Uhr die Agitation zur Reichstagswahl zu besprechen. Versammlungsort: Schwarzes Ross. C. F. Männel.

Freiberg i. S. Sonntag, d. 20. d. M., Nachmittags 4 Uhr:

Erstes großes Arbeiterverbündungsfest
Nachmittags 4 Uhr
im Saale zum schwarzen Ross, Petersstraße. Bestehend in Vorträgen, Concert und Ball. Festrede von Otto-Walster aus Dresden.
Alle Parteigenossen und deren Familienmitglieder sind freundlich eingeladen. Das Festcomité.

Hamburg. Meine Freunde Schneider Mat'hies, Buchbinder

Kühn, Berlin, wollen Adresse bei Vertrauensmann Meinsch abgeben. Komme Oftern. Kern.

Hamburg. Der Strike der Steinmehrer dauert ungeschwächt fort, und ist der Zugang fern zu halten. Briefe und Gelder sind von jetzt ab zu richten an Heinrich Lohse, Steinmehrer, der Hr. S. Prigge, Wirth zum Postkeller, Ecke der Anstiftstraße und Klosterthor in Hamburg. Das Comité.

Köschchenbroda. Abonnements auf den „Volkstaats“ werden in den Versammlungen, sowie bei Fr. Feuschte, Neuegasse Nr. 16 L., vierteljährlich und monatlich angenommen.

Langenbielau. Die Mitglieder der sozialdemokratischen Arbeiterpartei versammeln sich regelmäßig jeden Mittwoch und Sonnabend Abends im Parteilokale. (w) Ad. Wald.

Leipzig. Freitag, 11. April: Gesellige Zusammenkunft

der Mitglieder des sozial-demokratischen Arbeitervereins und deren Familien im Lokale des Herrn Zeitler, gr. Windmühlengasse Nr. 7. Der Vorstand.

Zum Buchbindertag.

Den Delegirten zur Nachricht, daß von Samstag, den 12. d., Mittags an fortwährend Committee-Mitglieder an dem Bahnhof sein werden, um die Delegirten in Empfang zu nehmen. Dieselben sind an weiß-grünen Schleifen an der Brust kenntlich. Für Quartier ist bestens gesorgt. Mit collegialischem Gruß Das Comité.

Schnell und pünktlich liefern sämtliche Artikel des Buchhandels und des Colportage, sowohl an Wiederverkäufer, als an Jedermann zu den billigsten Preisen Heinze & Voigt in Leipzig. Auf gesl. Anfragen brieflich Rückere. (5c S)

Ich suche einen Jungen, welcher Lust hat, Schuhmacher zu werden, unter günstigen Bedingungen in die Lehre.
Leipzig. Joh. Geinr. Werner,

(4b) Kleine Fleischergasse, Nr. 29, 4 Treppen.

Zur Beachtung.

Alle Diejenigen, welche noch Erfurter Protokolle zu bezahlen haben, werden hierdurch aufgefordert, den Betrag bis spätestens den 15. April an mich einzusenden. Desgleichen ersuche ich um sofortige Retoursendung etwa noch nicht verkaufte Mainzer Protokolle, da solche nicht mehr vorräthig sind und noch verlangt werden.
2b I. H. Jord.

Leipzig: verantw. Redakteur E. Kasper. (Redaktion und Expedition Hohestr. 4). Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei. Hierzu Beilage.

Die Sozialdemokratie und der Buchdruckerstreik.

Gerade 10 Jahre sind es, als ich ein Mitgründer des „Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins“ oder der sogenannten Lassalleanischen Vereine war, und zu diesem Behufe die „Frankische Volkszeitung“ ins Leben rief. Ist diese Zeitung durch den Vertragsbruch eines „liberalen“ Druckers, welcher mit den Bourgeois und Geldjuden der moralischen Hauptstadt Bayerns Hand in Hand ging, trotz tausenden von Abonnenten, auch zu Grunde gegangen, so gewährt es mir doch ein freudiges Bewußtsein, nicht umsonst gearbeitet zu haben; denn es sind nun überall die Massen der Arbeiter erwacht, nachdem sie vor zehn Jahren noch zu schlafen schienen und kein freies und lautes Wort gegen ihre Unterdrücker, die modernen Sklavenhalter, auszusprechen wagten.

Endlich sogar in München, der noch nicht vollständig verpreußten, vielmehr wenigstens immer noch den Namen tragenden Hauptstadt Bayerns hat man deutsches Phlegma abgeschüttelt und regt es sich unter den Arbeitern, um sich vom Joche der blutsaugenden Geldaristokraten zu befreien. Kühn stellen sich nun auch die Schriftsetzer an die Spitze der Bewegung und nehmen den von ihren Unterdrückern hingeworfenen Handschuh auf. Sie wollen lieber den Dienst verlassen, als ehelos sein.

Dank gebührt deshalb denselben und allen Arbeitern, die mit ihnen Hand in Hand gehen. Der günstige Erfolg wird nicht ausbleiben. Sind auch manche Schriftsetzer oder sonstige Arbeiter für den Augenblick beschäftigungslos und fast ohne Erwerb, so sind ihre sie unterdrückenden Prinzipale doch noch viel schlimmer daran. Denn während Jenen nur Groschen entgehen, verlieren Diese hunderte und tausende von Thalern, und sind schließlich gänzlich ruiniert, wenn ihre Maschinen auf die Dauer stille stehen müssen und Zeitungen und Bücher nicht mehr erscheinen können. Selbst die unbezahlten armen Teufel von Lehrlingen werden diese Scharte natürlich nicht ausweichen können.

Die geldgierigen Buchdrucker, die ihre armen, aber fleißigen Gehülften, die schon in ihrer Jugend durch Bleistaub und Ueberanstrengung Augenlicht und Gesundheit verlieren müssen, nur als eine gewöhnliche todte „Waare“ betrachten und nur allein ihren eigenen Geldsack anbeten, werden deshalb früher oder später, freiwillig oder gezwungen, ihre Habgier mäßigen und günstiger und menschenwürdiger Bedingungen für ihre Arbeiter aufstellen müssen. „Einer für Alle, und Alle für Einen“ heißt der Grundsatz, von dem die Schriftsetzer, als wahre Jünger Gutes, mit allen andern Arbeitern bis zum letzten Proletarier herab, und ihrer sind Neun gegen Einen, mit Wort und That eingetreten sind. Sie und nur sie allein haben das Recht und die Freiheit der Presse gewahrt.

Doch sagen nicht auch die gewinnsüchtigen Buchdrucker, daß gerade durch die dem Verbandsangehörigen Schriftsetzer die Freiheit der Presse bedroht sei? — Kann man je eine schmälere Lage dem Publikum ins Gesicht schleudern? — Der Wolf wagt es, dem Lamm gegenüber zu sagen, es habe das Wasser getrübt und er dürfe deshalb sein Blut schlürfen? — Der arme Arbeiter mit seinen paar sauren verdienten Groschen soll sich dem Kapitalisten gegenüber nicht verbinden, nicht einmal von seinem Interesse sprechen dürfen? — Und was wiegt der Pfennig der Armen gegen die Millionen der Reichen? —

Sie, die reichen Bourgeois-Buchdrucker, wagen es also, von der bedrohten Freiheit der Presse zu sprechen, während es ihnen doch nur gilt, den „heiligen Geldsack“ für unantastbar und unverletzlich, eben für vollkommen und „unfehlbar“ zu erklären. Sie wollen von diesem „unfehlbaren Heiligen“ auch nicht einmal einen rothen Pfennig für den nothleidenden Arbeiter ablassen.

Väterliches Gebahren! Ihr „unfehlbaren Bourgeois“! Die Kugel ist im Rollen und werdet Ihr sie nicht mehr aufhalten! Der Arbeiter ist erwacht und spricht zum Schreden aller „Geldheiligen“ nicht allein von Freiheit und Menschenwürde, sondern will sogar wahrhaft frei und auch für seine schwere Arbeit zum wenigsten genügend bezahlt sein.

Die 10 Procente der Bourgeois, die bisher nur allein alle Rechte genossen und dafür geringe direkte Steuern zahlen, werden im wenigen Jahren gegen die 90 Procent Arbeiter und Proletarier, von deren indirekten Steuern die Geldprogen sich mästeten und in Luxus schwelgten und dazu auch noch Staats-„Unterstützungen“ erhielten, einsehen, daß sie ihre Rolle ausgespielt haben und daß sie diese nun an die bisher unterlegene Mehrheit abtreten müssen.

Darum fest und einig, Ihr Arbeiter und Proletarier jeder Branche! Solidarisch verbunden „Einer für Alle und Alle für Einen.“ Nicht gerührt und nicht gefaselt. Überall gibt es Hilfe. Auch Spanien, Frankreich und Italien blüht auf Euch und ist strebsamer als je an der Arbeit zur Befreiung von dem Joche der Kapitalherrschaft. — Hoffnung! Noch kurze Mühe und Arbeit und Euch ist der Sieg! Rud. v. Sackler.

nicht wahr sei, daß „Mückerthum und Humanität“ unvereinbare Gegensätze sind“. Die Redaktion muß freilich für den ersten Punkt ihrem „Correspondenten“ den Beweis der Wahrheit überlassen, für den zweiten Punkt aber Herrn Bahlreich seinem eigenen Schicksal.

Im Artikel 6 sagte Bahlreich: „Haben wir an der Hand der formell zweifellos zu Recht bestehenden Bestimmungen der Hausordnung und Verhaltensvorschriften gesehen, was in der Zwickauer Strafanstalt unter einem willkürlichen, ungebildeten und harten Direktor möglich wäre, so wende ich mich nun zur Beurtheilung der Zustände, die wirklich bestehen. Ich muß da leider bestätigen, daß die Einrichtungen, die Disziplin, mit einem Worte der ganze Mechanismus der Anstalt den bestehenden ministeriellen Anordnungen entspricht; die bisher zugelassenen Ausnahmen laufen auf weiter Nichts als eine milde Praxis hinaus, und wenn man sich Mühe gibt, die Sache objektiv zu beurtheilen, wird man finden, daß es gar nicht anders sein kann.“ Weiter aber: „Ich habe die feste Ueberzeugung, daß die Direktion der Zwickauer Strafanstalt auf eine angemessene Bitte hin es jedem gebildeten, ehrenhaften Gefangenen gestatten wird, seine eigenen Kleider, sowie Bart und Kopfhaar nach Belieben zu tragen, sich selbst zu belästigen und zu beschäftigen und sich genügend an freier Luft zu bewegen, vorausgesetzt, daß der Betreffende die nöthigen Geldmittel zur Verfügung hat und sich durch unkluges Betragen nicht selbst die Erleichterungen verdirbt.“

Reißt das nicht, sich für die „milde Praxis“ des Herrn d'Alinge begeistern? Und sollte es so ganz unbedeutend sein, was die sächsischen Gerichtsubalternbeamten — die doch hierüber sehr kompetente Autoritäten sind — allgemein behaupten: daß die Zwickauer Gefangenen es schlechter haben, als die Waldheimer Zuchthäusler? Wie konnte auch Herr d'Alinge — wenn er wirklich in der Praxis so „human“ wäre, wie er sich in seinen Schriften gerirt und wie ihn Bahlreich von Anfang bis Ende ausmalt — sich eine so barbarische Hausordnung, die (nach Bahlreich's Worten) „aus dem Gefängnis nicht bloß ein Zuchthaus, sondern eine Hölle“ macht, im Jahre 1871 widerstandslos aufstrotzen lassen? Oder glaubt Bahlreich wirklich, das sächsische Ministerium würde ein solches Reglement erlassen ohne Gutheißung des Mannes, den es selber als „erste Gefängnis-Vorautorität“ im Lande ausposaunen läßt? Mag es Bahlreich glauben! Für uns ist ein Mann, der lauter von „Humanität“ über und überfließende Bücher über das Gefängniswesen schreibt und sich zum Vollstrecker einer „Hausordnung“ — wie die Zwickauer ist; siehe Nr. 18 d. Bl. — hergibt, keine so zuträgenenwinnende Persönlichkeit wie für Herrn Bahlreich. Lese man alle 9 Artikel des Reglements in der „Chemnitzer Fr. Presse“ durch, und man wird dann sehen, ob unsere Behauptung, daß sich Bahlreich für die „milde Praxis“ des Herrn Direktors begeistert hat, „aus der Luft gegriffen ist“ oder nicht.

Correspondenzen.

London. Der „Volksstaat“ brachte vor einiger Zeit einige Zeilen, welche die Section I der I. A. A. in New-York an unseren braven, würdigen Freund A. Sorge gerichtet hatte, um ihm bei dem plötzlichen Verlust seiner einzigen 17-jährigen Tochter ihre tiefen Sympathien mit seinem Schmerz und zugleich ihre Erkenntlichkeit für seine vielen treuen und langjährigen Dienste in der großen Sache der Befreiung des Proletariats auszudrücken. Die „Science populaire“ („Volkswissenschaft“) von Serviers bringt darüber in ihrer Nummer vom 16. März 1873 folgende Notizen:

„Heiliger Sorge, bit' für uns!“ Der würdige „Volksstaat“ von Leipzig enthält diese Woche einige Zeilen, gerichtet an A. Sorge, General-Secretair der Int. A.-Association in New-York, welche wir hierbei übersetzen und die unser Nachdenken erregen. Der General-Secretair hat kürzlich ein kleines Kind (seine einzige Tochter von 17 Jahren) verloren und er scheint großen Kummer darüber empfunden zu haben. Nichts ist natürlicher und wir begreifen seinen Schmerz. Aber was wir nicht begreifen, ist ein Schmerz, der sich breit macht, um von seinen Kollegen des Generalraths einen Akt der Heiligprechung in bester Form zu erregen und zwar nicht für die zu frühzeitig dahingegangene Tochter, sondern für den überlebenden Vater. Herr Sorge, Dank sei es der Inspiration Gottes und des heiligen Geistes, welcher ein Landhand in der Nähe von London bewohnt, leitet den Generalrath und einige Föderationen“, die ihm treu geblieben sind, willkürlich, wie es ihm gefällt; bald wird er Drafel erlassen unter dem Schatten einer alten, dichten Eiche auf dem Wege nach Hoboken, und seine Freunde werden eine zweite Unfehlbarkeitserklärung für ihn erlassen. Man wird dann sagen: „Der Papst und Herr Sorge haben gesprochen, nieder auf die Kniee, Sterbliche gehorcht!“

Hierauf in getreuer Uebersetzung die fragliche melodramatische Prosa. Ich verlohne natürlich den Leser des „Volksstaat“ mit dieser getreuen Uebersetzung in belgischem Französisch.

Nach der Uebersetzung kommt noch folgendes Radwort: „Es will uns bedünken (vielleicht sind wir aber zu naive Leute), als ob es unendlich besser wäre, ernstlich und mit allen Kräften für die Emanzipation des Proletariats zu arbeiten, als sich durch Freunde und Bekannte Patente anstellen zu lassen, geschrieben in flammenden Buchstaben, bestätigend, daß man ein Herz besitzt von weiterem Umfang, als das der gewöhnlichen Märtyrer. Durch dieses System niedriger Schmeicheleien und knabenhafter Begünstigungen will man sich unentbehrlich machen, und wir haben gesehen, wie von den hundert Unentbehrlichen 99 ihren Einfluß mißbrauchen, den man ihnen so edelmüthig einräumt.“ Ich bin ein großer Mann, Du bist ein großer Mann, wir sind große Männer“, das ist leicht gesagt, aber es wäre besser, das zu beweisen, wenn man der Sache so sicher ist. In der That ist es uns nicht gelungen, zu begreifen, wie der „Volksstaat“ solcher Speichelrede die Hand bieten konnte.“

So weit belgische „Wissenschaft“. Ich brauche diesem Ausdruck von Indellatente nichts hinzuzufügen. Sie sind selbstredend und nur der „esprit belge“ kann ein solches Radwort produzieren, wodurch das „wissenschaftliche“ Blatt sich würdig seinen beiden literarischen Colleginnen anreicht, die wie es in „Anarchie“, „ewiger Gerechtigkeit“ und „ewiger Wahrheit“ „machen“, seit Jahren aber ihre Spalten ewigen Lügen und unsterblichen Ver-

leumdungen geöffnet haben und zwar mit dem vollen Bewußtsein der Lüge und der Verleumdung.

Daß sich die „Faro“-Politiker und die „bonnet de coton“-Pbilister des „International“ wohl und heimlich in diesem Wust von Lüg und Trug fühlen, läßt sich begreifen; was soll man aber denken von den „tiefen Denkern“ der „Liberté“, diesen sozialistischen Kleinräumern, diesen von Comteismus angeführten Broudhonisten, wenn sie ihre tiefen sinnigen Bandwurmartikel mit und ohne „Methode“ genießbar zu machen suchen durch das Altweltbergelätz der englischen proletarischen Schleppträger der Bourgeoisie und ihrer Vorbilder, der systematischen Lüg- und Trugfabrikation unter russischer Oberherrschaft?

Paris, 17. März. Sowohl der Jahrestag der Revolution (24. Febr.) von 48 wie der Faschingsdienstag sind glücklich, trotzdem einer auf den andern folgte, ohne besondere Theilnahme von Seiten der Pariser Bevölkerung, und ohne Ruhestörungen zum Nachtheil der conservativen Republik überstanden. Wie wäre es auch anders möglich; bietet doch der Belagerungsstand hinlängliche Garantie für Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung. Auch hat das neue Gesetz gegen die Trunksucht die Pariser nüchtern gemacht und der Richtung des seit den Dachsen allen Zusammenlaufs auf den Straßen und öffentlichen Plätzen befehtigt. Freilich, gewohnheitsmäßig auf den Boulevards, von Place de la Bastille bis zu den Mabelaine bewegte man sich auch dieses Jahr in dichten Massen auf und ab, ab und auf. Jedoch nicht munter oder etwa ausgelassen, sondern ruhig und gelassen, höchstens daß ein Pariser Gamin als Bajazzo verkleidet, oder ein industrieller Speculant durch seine Reclame in diese Einsamkeit etwas Leben brachte. Nur die in geschlossenen Räumen zahlreich stattfindenden Maskenbälle mögen des Nachts manchen Erjag geboten haben für die Langeweile des Tages, wenn auch dort die Hütter der Ruhe, Ordnung und Sittlichkeit während der Fastenzeit durch ihre Gegenwart die Pariser daran mahnten, daß sie sich in Belagerungsstand befinden.

Doch trösten wir uns, daß der Fasching in Paris ziemlich ernsthaft-einförmig und einseitig dieses Jahr abgelassen ist. Desto vielseitiger, reichförmiger und lustiger haben die Repräsentanten der Nation zu Versailles ihre Sitzungen wieder begonnen, und wir haben wohl ein Recht zu hoffen, daß das, was noch kommen wird, das überbietet wird, was schon dagewesen ist. Ziehen wir nur ein Factum in Betracht: der internationale Arbeiter Tolain, anjedo der Versailler Linken angehörend, trat vor einiger Zeit mit der beschriebenen Bitte an die gekehrte Versammlung, sie möchte doch 100,000 Fr. bewilligen, daß zu der Weltausstellung in Wien auf Staatskosten einige Pariser Arbeiter dorthin könnten geschickt werden. Dieser Antrag wurde einer Commission zur Begutachtung übergeben, und was haben diese Herren für gut befunden? Ganz natürlich im Einverständnis mit der Regierung: „Nichts dafür zu bewilligen“. Denn nach der Meinung des Ministers für Handel und Industrie wären es ja eigentlich Abgeordnete der internationalen Arbeiterassociation, die man dorthin schickte. Jules Simon, Minister des öffentlichen Unterrichts, war etwas toleranter; er meinte, wenn es dazu käme, müßte die Regierung die dazu Ausgewählten genau controliren. Die reactionären Blätter, unter andern la Patrie, können diesen Entschluß nicht genug loben. In Anbetracht der finanziellen Calamitäten müsse man im Staatsbudget allerlei unnöthige Ausgaben verhindern, man hätte das Geld zu was Nützlicherem zu verwenden u. s. w. — Sie sehen aus diesem einzigen Beispiel, daß der vierte Stand, unter einer republikanischen Regierungsform, wo die Gewalt in Händen der Ausbeuter und Unterdrücker ist, ebenso rücksichtslos behandelt wird, als in einer Monarchie, daß in dem Lande der permanenten Revolution und Beschäftigung des Jesuitismus für uns, die Arbeiter, die Hoffnung auf die Zukunft ebenso zweifelhaft ist — wie in dem Lande der Gottesfurcht und frommen Sitten, so lange das Classenbewußtsein, die Einigkeit und die Organisation noch nicht tiefere Wurzel als bis dato unter uns gefaßt haben. Die schon angebahnte Verständigung des kleinen Bourgeois Thiers mit der Rechten kann vielleicht in Bälde zu ihrer Vollendung gelangen, wenn die Republik in Spanien ihren demokratischen Anlauf weiter verfolgt, und eine gefährdrohende Stellung gegenüber der conservativen französischen Republik einnimmt. — Und dann wird es sich am Ende ausweisen, was dann die radicalen Republikaner in Frankreich à la Gambetta machen können und machen wollen. — Ob die Capitalherrschaft dadurch einen Stoß erleidet, oder ob sie, wenn auch unter anderen Formen, doch die herrschende bleiben wird? Hoffen wir das Beste, hoffen wir jedoch nicht zu viel, selbst von einer Republik, die anstatt conservativ, demokratisch sich nennt.

Leipzig. Das Polizeiamt veröffentlicht im „Amtsblatt“ vom 19. März eine offizielle Uebersicht seines Geschäftsbetriebs pro 1872; diese „Uebersicht“ ist aber derart, daß man darin alles Das nicht sieht, was entweder die Schmach der heutigen Gesellschaft verrathen oder den Herrn Polizeidirektor — der beiläufig seit vorigem Sommer Ehrenmitglied der Karrengesellschaft „Jasulanerriege“ ist — persönlich kompromittiren könnte. So ist z. B. zwar angegeben, daß die Zahl der Contraventionen gegen das Prostitutionregulativ 167 war, nicht aber die Zahl der Konzessionscheine, die an die unglücklichen, verlorenen Mädchen ertheilt wurden. — Polizeilich „verhaftet und bestraft“ wurden 5284 Personen, die in 50 (nambast gemachte) Kategorien von Polizeiverbrechen zerfallen; außerdem wurden wegen 17 anderer Kategorien von Polizeivergehen „Strafen und Bedeutungen“ ausgesprochen. Unter diesen 67 Kategorien befindet sich aber die Verhaftung und „Verstrafung“ Depner's wegen des Haager Kongresses nicht. Man hat sich geschämt, davon dem Publikum Mittheilung zu machen.

— 17. März. Das „Tageblatt“ berichtet: „Von welchem Geiste manche unserer Arbeiterklasse durchdrungen sind, davon legen in den letzten Tagen wieder die Gehülften in mehreren hiesigen Werkstätten Zeugniß ab. Es war denselben seitens der Prinzipale die Subscriptionliste für das in Leipzig zu Ehren der im Kriege 1870 und 71 gefallenen Krieger zu errichtende Denkmal vorgelegt worden, damit sie sich auch nach Kräften mit einem kleineren Beitrag an dem patriotischen Werke betheiligen könnten. Die Herren Gehülften verweigerten aber nicht nur jeden Groschen, sondern sie gaben die Liste mit der darin eingeschriebenen Bemerkung zurück, es möchten das Denkmal nur Diejenigen herstellen lassen, denen die französischen Milliarden in die Tasche geflossen seien.“

Dies ist seit Jahren der erste „Tageblatt“-Artikel, der uns gefallen hat.

*) Auch nicht eine ist abgefallen, außer der „Woodballistischen froelovers“ und einigen französischen Sectionen, die nie anerkannt waren.

Samburg. Eine der tüchtigsten Mitgliebschaften, die sich in neuerer Zeit organisiert haben, verpflichtet unsreitig Bericht zu werden. Dieselbe zählt bereits 60 rührige, regelmäßig zahlende Mitglieder, und sandte sofort als erste Ratenzahlung der ausgedehnten Extrasteuer den Betrag von 2 Thlr. 10 Sgr. ab. Der „Volkstaat“ wird von allen Mitgliedern gelesen und für weitest Verbreitung des Blattes kräftig agitirt, so daß für's nächste Quartal ein bedeutender Zuwachs an Abonnenten erfolgen wird. Weiter schreibt man uns von dort: „Obgleich der Boden für Ausbreitung der sozialistischen Ideen nicht gerade günstig zu nennen ist, auch die Gegner, und wo gäbe es deren nicht, alles aufbieten, die Bewegung nicht aufkommen zu lassen, so wird doch rüstig und unerschrocken weiter gearbeitet, und hoffen wir, daß früher oder später die Mitglieder anderer Vereine sich der Partei ebenfalls anschließen werden. Jedenfalls wird der Erfolg ein durchschlagender sein, sobald wir nur erst in der Lage sind, eine öffentliche Versammlung abzuhalten, wozu uns bis jetzt, da unsere Mitgliebschaft aus lauter Fabrikarbeitern besteht, die geeigneten Redner fehlten. Wir wünschen, daß auch uns recht bald ein tüchtiger Redner besuchen möge, die Mühe desselben würde durch glänzenden Erfolg belohnt werden, zumal auch an anderen Orten unseres Wahlkreises zur Bildung neuer Mitgliebschaften die beste Aussicht ist. Bis dahin werden wir alle Kräfte aufbieten, immer mehr Mitglieder zu gewinnen, und immer besser und fester zu organisiren, und hoffen wir, das gleiche bald von anderen Orten zu hören.“

Söln, 18. März. Volksversammlung zur Feier des 18. März. Referent Herr Raspe (Essen) dankt für die zahlreiche Theilnahme und befaßt sich, da zur Lösung der sozialen Frage doch nur der 4. Stand berufen sei, mit Besprechung derjenigen Ereignisse, bei welchen der vierte Stand zum ersten Male als selbstständiger Factor auftrat. Durch die französische Revolution des dritten Staates 1789 wurde der vierte Stand geboren und kämpfte 1871 gegen die Ausbeutung und den Cäsarismus. Warum konnte die Commune nicht siegen? Das Volk war nicht vorbereitet, nicht organisiert, vor Allem aber die Idee der directen Gesetzgebung nicht verbreitet; wäre diese von vornherein energisch durchgesetzt worden, so konnte die Commune auch auf vierter Hand der Provocation rechnen. Wir befinden uns in defensiver Stellung und haben keine andern Mittel, als die Agitation; der Indifferentismus aber bietet uns mehr Schwierigkeit, als alle unsere Gegner! Alle müssen daher theilnehmen: die Aufklärten müssen aufklären und die Uebrigen herbeiziehen. Die Communitätskämpfer müssen uns ein Beispiel des Muthes und der Einigkeit sein! Die Revolution 1789 schuf eine neue Klasse; aber die Commune wollte die Abschaffung aller Klassen; denn es giebt nur eine Wahrheit, nur eine Gerechtigkeit; sie ist daher das Vorbild für zukünftige Kämpfe! Die Ansicht der National-Ökonomen, das eiserne ökonomische Gesetz sei ein Naturgesetz, widerlegt schon der Umstand, daß alle heutigen sozialen Verhältnisse auf keinem Naturgesetz basiren, mithin reformirbar sind. — Wir kämpfen nicht etwa für Privilegien des vierten Staates, sondern für die Aufhebung aller Privilegien und aller Klassen, für die Gleichheit. Die Fundamente der heutigen Zustände: das Eigenthumsrecht, das Erbrecht, die kapitalistische Produktionsweise u. müssen entwurzelt werden. Dies erklärt die Hartnäckigkeit und Erbitterung unserer Gegner. Es handelt sich allerdings um nichts mehr und nichts weniger als um die totale Umgestaltung aller bestehenden sozialen und politischen Verhältnisse! Darum freilich wird die in ihren Prinzipien so edele, menschliche Commune den abscheulichsten Verleumdungen ausgesetzt: Es müssen Systeme fallen, die mit 100,000 Bajonetten beschützt werden, und es müssen Leute, die in Saug und Braus schwelgen, sich daran gewöhnen, wie andere Menschen zu leben, frei und gerecht! Die Zukunft wird schon zeigen, ob alle Systeme, welche heute bestehen und noch fortan bestehen wollen, neben unserer Gesetzgebung auch bestehen können. — Die Pariser Commune ist ein Fingerzeig, daß den Culturstaaten eine gewaltige Umwälzung bevorsteht, sie hat den Beweis geliefert, daß die sozialistischen Ideen zu reifen und sich zu verbreiten beginnen, und daß demnach deren Verwirklichung in nicht ferner Zukunft liegt. Schonen wir nicht, die bittere Schale zu öffnen, sie birgt einen süßen Kern. Die Organisation der Partei ist des Arbeiters Schule; darum herbei und unterrichtet Euch einander, damit Ihr die Gelegenheit zu erkennen und zu benutzen lernt! — Daß während der Commune auch Fehler zu Tage kamen, soll uns nicht abschrecken. Wo hat denn je eine Staatsumwälzung ohne solche stattgefunden? Und stehen nicht die später ausgeübten Pariser Gräueltaten einzig da in der Weltgeschichte? Moralisch hat die Commune gefiegt! Ein Beweis dafür ist der Fortschritt der Arbeiterbewegung an Kraft und Umfang allüberall trotz der Anstrengungen der Bourgeoisie, deren Verfälschung heute auch in Deutschland wieder in crasse Licht tritt: trotz gewonnener 6 Milliarden werden die Steuern erhöht. Auch als Deutsche sind wir, wie Bebel sagt, der Commune nicht fern, sondern solidarisch mit ihr verbunden; weil die Bourgeoisie, unsere Peiniger, wie Herr Thiery bewiesen hat, auch untereinander solidarisch sind. Daher das Prinzip unserer internationalen Thätigkeit. Wir müssen und energisch an der Politik theilnehmen, um die directe Gesetzgebung zu verwirklichen; niemals dürfen wir zurückhaltend vortreten, sondern wird uns ein Finger geboten, so müssen wir wermöglich gleich die ganze Hand schnappen. Halten wir das Beispiel der Schweiz, die den Anfang zur directen Gesetzgebung gemacht hat, den Ungläubigen vor Augen. Agitiren wir mit vollster Thätigkeit für den Beitritt zur sozialdemokratischen Fahne, und folgen wir ruhig dem von der Commune angebahnten Wege. Sie war stets defensiv und hat auch nie offensiv sein wollen; denn sie war der bestehende legitime Staat der Wahrheit und Gerechtigkeit; man hat sie zum Kampfe provoziert, und das Blut, das ihre Helden vergossen haben, legt uns Zeugniß ab für deren Ueberzeugung; sie bleibt uns stets ein musterhaftes Vorbild! —

Darauf verweist Herr Kittinghausen der Versammlung einen Rückblick auf die verwandten Ereignisse der Pariser Commune, des 18. März in Berlin und der Pariser Februarrevolution, und lenkt seine Rede nach kurzer Betrachtung der französischen Verhältnisse seit Napoleons I. Sturz auf die „bestiegerichtete Welt“, nach Ansicht des mit Louis XVIII. regierenden Bürgerstandes. Aber in dieser besten Welt nahmen die Abgaben unerhört zu. Da das Salz monopolisirt wurde, war es den Küstenbewohnern unter Strafe verboten, auch nur einen Eimer Wasser aus dem Meere zu schöpfen; die Bohrarbeit wurde eingeführt, dem Adel eine Entschädigung von 1000 Millionen Frs. bezahlt u. Da entstand der Sozialismus, Saint-Simon verlangte Abschaffung des Erbrechts, Cabot verbreitete seine sozialistischen, Fourier seine reformatorischen Ideen, Louis Blanc schuf die Organisation u. — Die Verschlechterung nahm immer mehr zu und als endlich Carl X. die Idee faßte, die Pressefreiheit abzuschaffen, erfolgte 1830 die Revolution, deren Resultat das von der Bourgeoisie eingeführte Königthum Louis Philippe war. — 1834 wagten die organisirten Lyoner Arbeiter einen Aufstand. Von Tag zu Tag wurde der

Fortschritt der freiheitlichen Ideen bemerkbarer. Der Mißwachs des Jahres 1846 auf 47 veranlaßte eine Theuerung, die für den Arbeiter nachgerade unerträglich wurde. Der Arbeiter erkannte seine Lage und es kam zu Aufständen, deren Urheber aber trotz der Stimme des Volkes hingerichtet wurden. Fürsten und sonstige hohe Persönlichkeiten, die über Falschmünzerei und andern gemeinen Verbrechen erfaßt wurden, kündigten die von oben eintretende Hülflosigkeit an. — Das Volk berief sich, es wird eine große Versammlung, ein Banquet beschlossen; die Regierung läßt Truppen aus Algier kommen. Der Tag des Banquets bricht an, das Volk versammelt sich und zieht sich Anfangs ruhig in Ordnung vor der nahenden Heeresmacht zurück, als plötzlich der Adjutant Louis Philipp's beim Könige eintritt mit der Nachricht: „Die Armee hat die Waffen gedreht und fraternisirt mit dem Volke.“ Nachdem nun der noch ungläubige König seine persönliche Ueberzeugung eingeholt, reist er frei und ungehindert nach England ab. Wir kennen die Umtriebe, durch welche die nun proklamirte Republik am 2. Dezember 1851 wieder gestürzt wurde. — Die französischen Ereignisse hatten aber die freiheitlichen Ideen nicht nur erneuert, sondern auch mit Blüthe durch alle Länder getragen. — Preußen gehörte vor 48 der despotischen aller Regierungen: die Landtage konnten dem gesetzgebenden Könige nur Gutachten vorlegen. Wer nur das damalige Strafgesetzbuch aufschlägt, in welchem unter andern charakteristischen Merkmalen der despotischen Willkür auch die Prügelstrafe fungirt, kann sich leicht einige Aufklärung verschaffen. Wie tief die Unwissenheit des Volkes in sozialistischer Beziehung war, mag der damalige Wunsch, die Gewerbefreiheit zu beschränken, um die mittelalterlichen Zustände wieder herbeizuführen, darthun. Während die Reaction sich zu einem Bunde vereinigte und sich verschwor, der Entwicklung der Freiheit in der Schweiz Einhalt zu thun, konnte in Preußen jedoch nicht mehr das Verlangen nach einer Verfassung unterdrückt werden. — Die Erfindung der englischen Spinnmaschinen führte in Schlesien, da die dortigen Fabrikanten sich auf die Einführung der Maschinen nicht verstehen wollten und sie die Konkurrenz der Engländer nur durch Herabsetzung des Lohnes auszuhalten fähig waren, den Hungertyppus herbei. Da kam die Nachricht von Louis Philippe's Sturz und zwar noch vor dem vom französischen Könige abgeordneten Courier, der die Lage als eine ganz vortheilhafte schildern sollte. Die preussische Regierung war nun erstlich darauf bedacht, die Revolution unmöglich zu machen; aber sie brach aus, eben als der König nachgeben wollte. Das Volk verlangte die deutsche Einheit und eine freisinnige Verfassung. Das Resultat ist unsere heutige Verfassung, vermöge deren der Bürgerstand mit an's Staatserbe zugelassen wird. Die besiegte, nach Cayenne deportirte Demokratie von 48 hat uns gelehrt, daß das Repräsentativsystem durch die directe Gesetzgebung ersetzt werden muß. Daher die Bestrebungen der Commune.

Herr Ries erinnert an den Zweck der heutigen Versammlung: der großen Toden zu gedenken, deren Ideen wir aufgenommen und denen wir es zu verdanken haben, daß wir heute bereits eine Macht bilden. Alle Monarchien haben sich gegen uns verschworen; aber es steht uns die Wissenschaft zur Seite, und die Aufklärung ist das Mittel, unsere Macht zu stärken.

Herr Schumacher: Wir wollen keine Demonstration veranstalten; wir agitiren nur für den Anschluß an die Partei und für die Unterstützung unserer Presse. Unsere Gegner bekämpfen uns mit keiner ethischen Waffe; sie können und keine wissenschaftliche Begründung vorlegen, wie unsere Ideen sie haben; sie bedienen sich der Lüge, Verleumdung, Verdrehung und allerlei Umtriebe.

Zum Schluß bespricht Herr Raspe den Streik der Buchdrucker und erwähnt den letzten Essener Bergstreik.

Mit Brudergruß und Handschlag Birnbaum.

Gotha, 12. März. Es ist wahrhaft staunenswerth, mit welcher Freiheit das Geldguthum austritt. Der Fabrikant S. Wolf in Mainz leistet nicht das Wenigste. Derselbe hat seit geraumer Zeit eine Concession in Gotha bei Berthold Rabus errichtet. Dieser „Freitopf“ (so nannte sich Rabus bei einer Gelegenheit) stellt nun den für ihn beschäftigten Arbeitern folgende Bedingungen: 1. Wer sich der Gewerkschaft anschließt, bekommt keine Arbeit. 2. Wer dabei ist und der „Freitopf“ erfährt es, theilt dasselbe Schicksal. Ich glaube, daß dies auf Anordnung Wolf's geschehen ist. Ich werde nun von der königl. Staatsanwaltschaft in Erfurt wegen einer am 1. Februar d. J. selbst abgehaltenen Schumacher-Versammlung verfolgt, weil ich zum Schluß meiner Rede die Worte gebraucht habe: „Nun, Kollegen, richte ich zum Schluß noch die dringende Aufforderung an Sie: verlass'ne den Saal, ohne daß er der Gewerkschaft beigegeben ist, denn nur in kompakter Masse sind wir im Stande, den Uebermuth der Fabrikanten zu brechen und alle unsere gerechten Forderungen durchzusetzen; schließe sich Keiner aus und spreche Niemand davor zurück (vor der Arbeits-Einstellung), damit Sie nicht „seig“ genannt werden.“ Dieses Wörtchen „seig“ soll nun nach der Gewerbeordnung eine Androhung sein. Ferner soll es „Ehrenverruß“ und Beleidigung für die Anwesenden involviren. Wenn die Regierung den Mann in seinem 20. Jahr unter Androhung von Gefängniß zwingt, an der Verbindung des Kameradenlebens Theil zu nehmen, so ist dies eine erlaubte Handlung. Wenn der Fabrikant seine Arbeiter zwingt, unter Androhung von Arbeitsentlassung, an dieser oder jener Verbindung nicht Theil zu nehmen, wenn dem Arbeiter Fabrik-„Ordnungen“ aufzuerlegen werden, die oft mehr als Ehrenverruß und Beleidigung in sich schließen, da besteht die Gewerbe-„Ordnung“ für Staatsanwälte nicht! Wenn aber ein Arbeiter in einer Versammlung spricht und nicht jedes Wort auf die Goldwaage legt, da wird Polizei, Gericht und Gefängnißwärter in Alarm gesetzt. Den Mainzer Kollegen zur Nachricht, daß Rabus im höchsten Fall 15 Arbeiter hat, und daß er nicht mehr bekommt, dafür sorgen wir, und er durch seine Lohnabsetzung. Es sind schon einige von ihnen fort. Harret fest und treu auf Eurem Posten! Die Münchener Kollegen eruchen wir, sich ebenfalls der Gewerkschaft anzuschließen. Mit Gruß und Handschlag W. Bod.

Hallestadt, 1. April. Parteigenosse Philipp ist wegen einer am 15. März zu Quedlinburg begangenen „Majestätsbeleidigung“ verhaftet und dahin abgeführt, jedoch vorläufig wieder freigelassen worden, da seine Frau jede Stunde ihrer Niederkunft entgegenseht.

Jürnberg, (Agitationsbericht.) Weil wir uns nicht, wie es oft Andere thun, auf den hohen Schmel pankender Reklame stellen, so haben Manche aus dem Stillstehenden, das wir über unsere Agitation im „Volkstaat“ seit einiger Zeit beobachtet haben, die Vermuthung geschöpft, wir legten uns hier auf unsere Bärentant, tranken unser Bier, äßen unsere Knödel, ließen den Herrgott einen guten Mann sein und saßen zu, wie Andere die Partei in die Höhe brachten. Dem ist jedoch nicht so. Wir brauchen nicht lange Worte zu machen, um der Gesamtpartei zu zeigen, daß wir seit Befreiung der hiesigen Birren wieder nach Kräften für die Ausbreitung und Befestigung der Partei gewirkt

haben. Ganz abgesehen davon, daß die neue Fürther Mitgliebschaft die suspendirte Mitgliebschaft bedeutend übertrifft, haben wir in Nürnberg und Umgegend Alles aufgeboten, um die uns geschlagene Scharte wieder auszuwehen. Wir haben seit 4 Wochen drei öffentliche Versammlungen der Partei hier abgehalten, welche so zahlreich besucht waren, daß man an anderen Orten schon wieder von „glänzenden Volksversammlungen“ gesprochen hätte. Außerdem hielten wir während dieser Zeit in der Vorstadt Böhrd, in Glaißhammer, in Regensburg, in Landshut, in Würzburg, in Schweinau und hier im sächsischen Hofe Volksversammlungen ab, welche uns nicht nur Bestinnungs-, sondern auch Parteigenossen zuführten. In Würzburg und Schweinau, wo bis jetzt bloß Gewerkschaften existirten, wurden Parteimitgliebschaften gegründet, die bereits bestehenden in den genannten anderen Orten aber bedeutend verstärkt und der Ausbreitung unserer Prinzipien namentlich durch die energische Behandlung der Tabaksteuerfrage, welche für Bayern von besonderer Wichtigkeit ist, merklich Vorschub geleistet. Selbst die uns feindlichen Organe der Ultramontanen und Nationalliberalen geben dies in ihren Berichten über die von uns veranstalteten Versammlungen zu. — Am 15. März war Volksversammlung in Fürth, am 22. in Schweinau und Glaißhammer, am 23. in Bamberg und zu Anfang April soll in Augsburg, Pforzen, Pechhausen, Schweinfurt u. Versammlung stattfinden. Ueberhaupt wird im Laufe dieses Frühjahr's ganz Bayern bearbeitet werden und zwar nicht auf Kosten der Hauptkasse; im Gegentheil werden wir nach wie vor unsere Steuern und Extrasteuern regelmäßig an den Ausschuß abführen.

E. Grillenberger, Schriftführer des Lokal-Agitations-Comit's. **Landshut, 15. März.** Am Sonntag den 2. März hatten wir nach einem kurzen Winterschlaf wieder eine Volksversammlung, zu welcher A. Memminger aus Nürnberg als Referent erschienen war. Die Tagesordnung bildeten die Thema's: „Die Arbeiterbewegung und ihre Ziele“, und „Die Sozialdemokratie und ihre Gegner“. Zum Vorsitzenden wurde J. Weisheitler gewählt, welcher diese Gelegenheit benutzte, um seine Mißbilligung über die Auflösung der vorhergehenden Versammlungen auszusprechen. Als bald erhob sich der von der Tauscher'schen Affaire her noch in gutem Andenken stehende Stadtrath Gebring und bemerkte dem Redner, daß ihm eine Kritik der polizeilichen Maßnahmen nicht zustehe. Hierauf ergriff Memminger das Wort und erläuterte nach einer kurzen Einleitung das Programm der sozialdemokratischen Arbeiterpartei. Nach fast zweistündiger Rede desselben trat eine viertelstündige Pause ein und begann dann derselbe seinen Vortrag über den zweiten Punkt der Tagesordnung, in welcher er besonders die Hrn. Liberalen nebst ihrer erkaufenen Presse als die Hauptgegner unserer Partei hinstellte. Beide Vorträge wurden von den über 500 Köpfe zählenden Anwesenden mit athemloser Stille verfolgt und nur hie und da unterbrochen lebhafteste Beifallsrufe den Redner. Zum Schluß brachte Herr Memminger noch einen Protest gegen die Aufhebung der Geschworenengerichte und gegen die Einführung der Tabaksteuer, welcher einstimmig von der Versammlung angenommen wurde. Als dann ergriff noch ein Landshuter Arbeiter, Schneider Büschheimer, das Wort, die Versammelten zum Beitritt zur Partei und zur fleißigen Agitation unter ihren Mitarbeitern auffordernd. Seiner Aufforderung folgte denn auch eine ziemlich bedeutende Zahl Arbeiter und Kleinmeister, welche sich in die ausgelegten Listen eintrugen.

Die Versammlung hat bei allen Parteien die lebhafteste Anerkennung gefunden, was besonders Hrn. Memminger's ruhigem und objectivem Auftreten zu verdanken ist. Wir werden rüstig weiter arbeiten und in nächster Zeit wiederum eine Volksversammlung veranstalten.

Mit sozialdemokratischem Gruß J. Diege.

Neundorf. (Kommunangelegenheiten.) Mit welcher Freude und Genugthuung haben wir auf die Kommunewahlen in Sachsen, wo die Arbeiter so viele Siege erkämpften! Und wie noch thut es auch, daß der Arbeiter endlich aus seinem Winterschlaf erwacht, und sich die heutige Kapitalwirtschaft mit klarem Auge besieht! Wenn er zum vollen Bewußtsein gelangt ist, dann mit voller Kraft für Recht und Wahrheit eintritt, wird endlich der Tag erscheinen, wo die heutige Kapitalgesellschaft einer vernünftigen Ordnung Platz machen muß, auf Grund welcher man mit dem Eigenthum der Commune besser zu wirtschaften verstanden wird, als es heute der Fall ist. Ich möchte hier ein solches Stückchen von Neundorf folgen lassen.

Vor einigen Jahren wurde die nach Aschersleben und Heckling führende Straße mit jungen kräftigen Bäumen bepflanzt, was der Gemeinde Neundorf einen Kostenaufwand von ungefähr vierhundert Thalern verursachte; die Bäume prangten auch schon in der größten Leppigkeit an beiden Straßen und Jeder, der diese Straßen entlang kam, freute sich über die Bäume. Es braucht hier nicht auseinandergelegt zu werden, wozu die Straßen und Wege mit Bäumen bepflanzt sind, nicht allein wegen der Schönheit und des Nutzens, welchen demalst die Bäume gewähren, sondern als Wegweiser für die Nacht. Da geschah es aber, daß der Ortschaftsbesitzer mit einem Weisheitsgedanken begabt wurde, jene Bäume mit heißem Dachtheer anzupinseln, und durch einen dazu beauftragten Mann die Kronen so zu verschneiden, daß sie noch obendrein in ihrem eigenen Saft erstickten mußten. Und was sagt ein Gemeinderath dazu? Und was sagt überhaupt die Gemeinde? Troydem die Bäume schon seit dreieitrig Jahre zur Schande für Neundorf dastehn, so haben wir bis jetzt nichts vernommen, daß Derjenige, der dieses Stük angeordnet hat, dafür verantwortlich gemacht würde; und wer war zur Zeit Ortschaftsbesitzer? Nun zur Ehre für Neundorf sei es hiermit gesagt, sein Name ist August Gauthier, ein Mann, welcher es besser versteht, arme Handwerksgehilfen mit den Knüttel zu bearbeiten, als junge Bäume pflanzen zu lassen. Rechnet man die vierhundert Thaler und die Gelder, welche das erste Kriegerfest in Anspruch genommen hat, so bekommt man eine Summe heraus, welche für unsere kleine Gemeinde enorm ist, und besser zu einem Armenhausbau hätte verwandt werden können; denn Neundorf kann nicht einmal einem Obdachlosen einstellweilen ein Unterkommen zuweisen. Die Gemeinde ist durch einen Gemeinderath vertreten, der folgendermaßen zusammengesetzt ist: 3 aus dem Dekanatsstande; 3 aus dem Rastatenstande; 3 aus dem Häuslerstande. — Der Miether hat bloß zu bezahlen, aber nicht zu sprechen. Da aber bis jetzt von dem Gemeinderathe in dieser Angelegenheit noch nichts geschahen ist, so fordern wir hiermit denselben auf, diese Angelegenheit nächstens auf die Tagesordnung zu setzen.

Für Leipzig.

Wegen des Charfreitag müssen alle Inserate, Anzeigen u., für Nummer 30 bestimmt, spätestens Mittwoch Mittag in Händen der Expedition sein.

Leipzig: Verantw. Redakteur C. Raspe. (Redaktion und Expedition Hofstr. 4.) Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei.